Dipl.-Soz.Wiss. Matthias W. Birkwald

Mitglied des Deutschen Bundestages Rentenpolitischer Sprecher und Obmann im Ausschuss für Arbeit und Soziales der

Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Bilanz der Zwangsverrentung:

Verheerende Zahlen, verheerende Reformvorschläge der Bundesregierung!

Zwangsverrentungen nach §12a SGB II (Zweites Sozialgesetzbuch) sind ein massiver Eingriff

in die Persönlichkeitsrechte der betroffenen Menschen. Zwangsverrentungen bedeuten Alters-

armut durch dauerhaft reduzierte Altersrenten.

Die Bundesregierung liefert auf die Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE in der Antwort

auf Kleine Anfrage 18/9403 aktuelle Zahlen zur Zwangsverrentung und zur möglichen Ausge-

staltung des von den Koalitionsfraktionen präferierten Reformvorschlags.

Vorab ein Rechenbeispiel für das Jahr 2016 zur Veranschaulichung:

Musste oder wollte man im Jahr 2016 als Jahrgang 1953 im Alter von 63 in Rente gehen, so

wurde die Rente um 9,3 Prozent gekürzt, da die Regelaltersgrenze bei 65 und 7 Monaten lag

und jeder vorgezogene Monat mit 0,3 Prozent Abschlägen bestraft wird (31 Monate x 0,3 Pro-

zent).

Eine sogenannte Eckrentnerin (oder ein Standardrentner) West mit 45 Jahren Verdienst zum

Durchschnittslohn würde monatlich 113,42 Euro Rente netto verlieren. Bei einer durchschnitt-

lichen Rentenbezugsdauer von 22,8 Jahren verliert die Rentnerin insgesamt 31.000 Euro an

Rente!

Am schlimmsten trifft es diejenigen, die durch die Abschläge dauerhaft auf staatliche Fürsorge

angewiesen sind.

Sie müssen bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze zunächst Sozialhilfe beantragen – eine

Fürsorgeleistung, die zum Beispiel im Gegensatz zur "Grundsicherung im Alter", bis heute auf

die Einkommen und Vermögen von Kindern und Eltern zurückgreift.

23.08.2016

	DW EUD	Labor	D. W EUD	Nettorente in EUR:
	RW EUR	Janre	Bruttorente EUR	-11 % KV und PV
Standardrente ohne Ab-				
schläge	30,45	45	1370,25	1219,52
mit 9,3 % Abschlägen	30,45	<i>4</i> 5	1242,82	1106,11
		Diffe-		
		renz	127,43	113,42

1. Daten zur Praxis der Zwangsverrentung

Seit Einführung der Zwangsverrentung im Jahre 2008 stieg die Zahl der aus dem HartzIV-Bezug ausscheidenden 63-Jährigen von 9.576 auf 38.671 Personen massiv an
(BT-DS. 18/152, S. 39, Monatszahlen und Antwort zur KA DS 18/8296, Frage 13 (Jahreszahlen):

2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
9.576	10.476	13.272	15.096	20.232	28.056	31.665	38.671

 Obwohl die Bundesregierung sich weigert (Fragen 18-22), die unwürdige Praxis direkt statistisch zu erfassen, ist zu vermuten, dass viele Betroffene durch die Jobcenter zwangsverrentet wurden und damit in eine vorgezogene und mit lebenslangen hohen Abschlägen bestrafte Rente abgeschoben' wurden.

Unsere Vermutungen werden durch folgende Daten bestätigt:

- Waren im Jahr 2014 noch 71.810 62-Jährige im Hartz-IV-Bezug (Frage 12 / Tabellenanhang), so blieben davon im Folgejahr 2015 nur noch 47.297 63-Jährige "übrig" (-25.000).
- Gleichzeitig ergibt sich aus der Anfrage (Frage 16 / Tabellenanhang), dass 2015 von knapp einer halben Million erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) ab 58 Jahren nur 167.000 als arbeitslos gelten und knapp 163.000 seit einem Jahr kein Angebot vom Jobcenter mehr erhalten haben und deshalb nicht als arbeitslos geführt werden (§ 53a SGB II).

- Von den insgesamt 91.209 Hartz-IV-Beziehenden im Alter von 63 Jahren und darüber hatten knapp 50.000 kein Angebot vom Jobcenter mehr erhalten. Der Anteil derjenigen, die aufgrund fehlender Arbeitsplätze für Ältere oder der Inaktivität der Jobcenter aus der Statistik getilgt werden, steigt Jahr für Jahr an.
 - Im Jahr 2012 standen 104.000 Hartz IV-Beziehenden, die 63 und älter waren, nur 13.263 Hartz-IV-Beziehende gegenüber, die seit einem Jahr kein Jobangebot mehr erhalten hatten (Frage 16 Tabellenanhang).
- Im Jahr 2015 standen den 478.000 Hartz-IV-Beziehenden außerdem gerade einmal 33.000 ,Integrationen in Erwerbstätigkeit' gegenüber. Im April 2016 wurden etwa gerade einmal 189 Personen im Alter von 63 Jahren in Arbeit vermittelt (Frage 17).
- Da es also für ältere Hartz-IV-Beziehende immer mehr einem Lottogewinn gleichkommt, ein Jobangebot zu erhalten, ist davon auszugehen, dass auch in diesem Jahr (2016), viele der knapp 72.000 Hartz-IV-Beziehenden im Alter von 63 in die Zwangsverrentung geschickt werden.

Matthias W. Birkwald kommentiert diese Zahlen wie folgt:

"Die zwangsweise Verrentung von Hartz-IV Beziehenden ist und bleibt ein Skandal! Ministerin Andrea Nahles schönt nicht nur die Hartz IV-Statistik auf Kosten der Ärmsten und Schwächsten, indem sie ältere Hartz-IV-Beziehende reihenweise in die Zwangsverrentung schickt. Schlimmer noch: Die Jobcenter setzen sich oft über den Willen der Betroffenen hinweg und fordern Arbeitslose ab 63 gegen ihren Willen zur Beantragung ihrer dann lebenslang gekürzten Rente auf. Diese Praxis wird von den Betroffenen, die als Ältere kaum Jobangebote erhalten, als massive Entrechtung und Demütigung wahrgenommen.

Jede und Jeder muss das Recht haben, selbst zu entscheiden, wann er oder sie in Rente geht.

Deshalb sagt DIE LINKE (BT-Drucksache 18/589):

Die unwürdige Praxis der Zwangsverrentung (§ 12 SGB II) und der Paragraph 53 a im SGB II müssen unbedingt abgeschafft werden!"

2. Der Reformvorschlag von Union und SPD

Eine Arbeitsgruppe der beiden Koalitionsfraktionen hatte die Bundesregierung bereits im November 2015 aufgefordert, die Unbilligkeitsverordnung wie folgt zu ergänzen:

"Unbillig ist die Inanspruchnahme, wenn Leistungsberechtigte dadurch hilfebedürftig im Sinne der Grundsicherung im Alter werden würden. Dies ist anzunehmen, wenn der Betrag in Höhe von 70 Prozent der bei Erreichen der Altersgrenze (§ 7a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch) zu erwartenden ungeminderten Altersrente niedriger ist als der zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Unbilligkeit maßgebende Bedarf des Leistungsberechtigten nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch."

Zu diesem Vorschlag, der von der Bundesregierung gegenwärtig geprüft wird, (Fragen 23/24), ergeben sich aus ihren Antworten folgende Konkretisierungen:

- Die Jobcenter würden in Zukunft auf Grundlage der im 61. Lebensjahr erfolgten Rentenauskunft zu erwartenden Bruttoregelaltersrente 30 Prozent abziehen, um damit Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge sowie die zu erwartenden Abschläge zu pauschalisieren (Frage 25). Diese würden dann mit dem "zu erwartenden Grundsicherungsbedarf" des 62-Jährigen verglichen. Liegt die "70-Prozent-Rente" dann unter der Grundsicherungsschwelle, würde nicht zwangsverrentet; läge die zu erwartende Rente darüber, würde zwangsverrentet.
- Für das Jahr 2015 gibt die Bundesregierung den durchschnittlichen Regelbedarf mit 714 Euro und den bereinigten, durchschnittlichen Zahlbetrag von Regelaltersrenten für das Jahr 2015 mit 528 Euro an. Der Zahlbetrag berücksichtigt bereits die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung. Nimmt man alle Altersrenten zusammen, so erhöht sich der durchschnittliche Zahlbetrag nach Angaben der Bundesregierung auf 810 Euro bzw. ein Bruttorente von 897² Euro. 70 Prozent davon, das ergäbe eine Rente von 628 Euro. Von der Zwangsverrentung wären aber nach wie vor rein rechnerisch besonders die

 $^{^1}$ S. http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Alter-Rente/Dokumente/2015_11_Flexi_Rente.pdf S. 7.

² Der Bruttorentenfaktor beträgt aktuell 1,108.

Versicherten in den neuen Bundesländern betroffen: Hier liegen die Bruttorenten bei rund 1000 Euro³ oder darüber. Damit liegt eine fiktive 70-Prozent-Rente in der Regel deutlich über dem Regelbedarf in den neuen Bundesländern von 725 Euro.

- Dass Ostdeutsche wesentlich stärker von der Zwangsverrentung betroffen sind, zeigen auch eigene Auswertungen des Büros von Matthias W. Birkwald (siehe Anhang 1).
 - Der Versichertenstatistik der Deutschen Rentenversicherung ist zu entnehmen, dass die Zahl der von der Rentenversicherung geführten Hartz-IV-Beziehenden im Altersübergang von 62 zu 63 Jahren einbricht. Im Osten geht die Anzahl der Hartz-IV-Beziehenden von 21.380 (62 Jahre alt) auf 7.757 (63 Jahre alt) zurück (-64 Prozent). In Westdeutschland reduziert sich die Zahl von 40.807 auf 27.805 und geht damit um 32 Prozent zurück.
- Angaben für Durchschnittsrenten von Menschen, die aus dem Hartz-IV-Bezug in die Rente abgehen, liegen der Bundesregierung nach eigener Aussage nicht vor /(Fragen 27-29).
- Schon aus dieser ersten groben Annäherung zeigt sich, dass die Aussage der Bundesregierung (Frage 34), "Dass ein wesentlicher Teil der Personen … von der geplanten Neuregelung profitieren würde", völlig ins Blaue hinein formuliert wurde. Außerdem gesteht die Bundesregierung ein, dass die Entscheidung der Jobcenter, die bis zu vier Jahre vor der dem regulären Regeleintrittsalter erfolgt, viele Lebensumstände, die im Alter zu einer Verschlechterung der Einkommenssituation führen können, außer Acht lässt, wie zum Beispiel einen Umzug, das Ende einer Ehe oder die Entstehung von krankheitsbedingten Mehrbedarfen.

Damit kann auf keinen Fall der dauerhafte Grundsicherungsbezug ausgeschlossen werden.

Der rentenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Matthias W. Birkwald, kommentiert: "Union und SPD behaupten fälschlicherweise, dass ein wesentlicher Teil der Menschen

³ Vgl. Statistik der Deutschen Rentenversicherung: "Rente 2015", Rentenzugang 2015, Tabelle Z 20.01, Seite 28, abrufbar unter: https://statistik-rente.de/drv/documents/Rente_Band_206.pdf.

durch ihren Vorschlag, der jetzt schon Monate auf sich warten lässt, vor der Zwangsverrentung geschützt würde. Im Gegenteil: Insbesondere Versicherte in den neuen Bundesländern werden nach wie vor von der Zwangsverrentung bedroht sein, da dort die Grundsicherungsbedarfe niedriger und die durchschnittlichen gesetzlichen Renten derzeit noch höher sind.

Selbst wenn nicht zwangsverrentet wird, ist ein dauerhaftes Abrutschen in die Grundsicherung nicht auszuschließen. Jahr für Jahr wird sich aufgrund der ansteigenden Abschläge und aufgrund steigender Beiträge der Kranken- und Pflegeversicherung die Situation verschlechtern.

Außerdem bleibt die zwangsweise Verrentung von Menschen, die dann vielleicht 40 oder 50 Euro über der Grundsicherungsschwelle liegen würden, genauso ein Skandal und wird von diesen sicherlich als besonders ungerecht empfunden. Nur weil sie eine Rente knapp über der Armutsschwelle in Aussicht haben, wird sie ihnen dann lebenslang gekürzt!

Das ist völlig inakzeptabel! Wir bleiben dabei:

Jede und Jeder muss das Recht haben, selbst zu entscheiden, wann er oder sie in Rente geht. Die Zwangsverrentung ist ein unwürdiger Verschiebbahnhof. Sie muss komplett abgeschafft werden. Jetzt.

DRV: Aktiv Versicherte am 31.12.2014 nach Versichertenstatus Hartz IV Beziehende

							Rückgang
Alter am Jahresende	60	61	62	63	64	65	Prozentual 62-63
Schleswig-Holstein	2.088	1.840	1.836	1.474	1.279	395	-19,72
Hamburg	1.860	1.652	1.670	1.280	1.176	423	-23,35
Niedersachsen	5.370	4.725	4.890	3.355	3.080	1.122	-31,39
Bremen	900	872	787	588	482	164	,
Nordrhein-Westfalen	14.373	12.930	13.357	8.628	7.939	2.773	
Hessen	3.484	3.146	3.270	2.208	2.220	793	-32,48
Rheinland-Pfalz	2.239	2.034	2.103	1.395	1.194	418	
Baden-Württemberg	4.431	3.974	4.291	2.889	2.609	866	-32,67
Bayern	5.072	4.511	4.799	3.148	2.696	961	-34,40
Saarland	837	730	749	505	449	191	-32,58
Berlin-West	3.456	2.848	3.055	2.335	2.137	740	-23,57
Berlin-Ost	1.932	1.599	1.712	860	653	262	-49,77
Brandenburg	3.759	3.393	3.606	1.224	856	301	-66,06
Mecklenburg-Vorpommern	2.798	2.511	2.569	892	611	194	-65,28
Sachsen	6.288	6.173	6.458	2.644	1.844	548	-59,06
Sachsen-Anhalt	4.429	4.013	4.332	1.286	831	313	-70,31
Thüringen	2.819	2.586	2.703	851	452	221	-68,52
Deutschland	67.784	60.867	63.279	36.329	30.958	10.844	-42,59

Zusamenfassung

Aktiv Versicherte am 31.12.2014 nach Versichertenstatus

Hartz IV Beziehende

	Rückgang		
	Prozentual 62-63	Summe: 62	Summe: 63
Schleswig-Holstein	-19,72	1.836	1.474
Hamburg	-23,35	1.670	1.280
Niedersachsen	-31,39	4.890	3.355
Bremen	-25,29	787	588
Nordrhein-Westfalen	-35,40	13.357	8.628
Hessen	-32,48	3.270	2.208
Rheinland-Pfalz	-33,67	2.103	1.395
Baden-Württemberg	-32,67	4.291	2.889
Bayern	-34,40	4.799	3.148
Saarland	-32,58	749	505
Berlin-West	-23,57	3.055	2.335
Berlin-Ost	-49,77	1.712	860
Brandenburg	-66,06	3.606	1.224
Mecklenburg-Vorpommern	-65,28	2.569	892
Sachsen	-59,06	6.458	2.644
Sachsen-Anhalt	-70,31	4.332	1.286
Thüringen	-68,52	2.703	851
Deutschland	-42,59	63.279	36.329
West	-31,86	40.807	27.805
Ost	-63,72	21.380	7.757

18. Wahlperiode 15.08.2016

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Sabine Zimmermann (Zwickau), Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

- Drucksache 18/9296 -

Bilanz der Zwangsverrentung und mögliche Reformoptionen

Vorbemerkung der Fragesteller

Nach § 12a Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) können Personen, die das 63. Lebensjahr vollendet und die Voraussetzungen für eine vorgezogene Rente wegen Alters erfüllt haben, gegen ihren Willen verrentet werden. Der rentenrechtliche Grundsatz, dass ausschließlich die betroffenen Personen über ihren Antrag auf eine vorgezogene Rente entscheiden, wird ausgehebelt. Daher handelt es sich um einen massiven Eingriff in die Grundrechte der Betroffenen – um eine Zwangsverrentung.

Die Rentenansprüche der Betroffenen werden dabei dauerhaft abgesenkt, weil für jeden Monat des vorzeitigen Rentenbezugs Abschläge in Höhe von 0,3 Prozentpunkten auf die durch eigene Beiträge erworbenen Rentenansprüche erfolgen. Dies bedeutet aktuell (im Jahr 2016) bei einem Renteneintritt mit Vollendung des 63. Lebensjahrs eine lebenslange Kürzung der Altersrente in der Regel von 8,7 Prozent.

Nach der Rechtsauffassung der Bundesregierung (vgl. Bundestagsdrucksache 18/152, S. 5) spielt die Höhe der Rentenansprüche der Betroffenen bei der Zwangsverrentung keinerlei Rolle. Es wird weder geprüft, ob die Rentenansprüche bei vorzeitigem Renteneintritt das menschenwürdige Existenzminimum sichern, noch wird ausgeschlossen, dass aufgrund der Abschläge auf die vorgezogene Altersrente eine dauerhafte Fürsorgeabhängigkeit im Alter überhaupt erst geschaffen wird.

Diejenigen, die nach einer Zwangsverrentung dauerhaft auf Fürsorgeleistungen angewiesen sind, haben bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze weder Ansprüche auf Leistungen nach dem SGB II noch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Diese Personen erhalten lediglich Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII). Hier herrschen deutlich restriktivere Anrechnungsbedingungen. Vermögen – auch bei Hartz IV noch geschütztes Altersvorsorgevermögen – muss weitgehend aufgebraucht werden, bevor überhaupt ein Leistungsanspruch entsteht. Auch kann ein Rück-

griff auf Einkommen und Vermögen von Kindern und Eltern erfolgen. Die sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit im rentennahen Alter werden so auf die betroffenen Personen abgewälzt.

Lediglich die Verordnung zur Vermeidung unbilliger Härten durch Inanspruchnahme einer vorgezogenen Altersrente (Unbilligkeitsverordnung – UnbilligkeitsV) vom 14. April 2008 schützt einen Teil der SGB-II-Leistungsberechtigten vor der Zwangsverrentung. Die dort niedergelegten Kriterien bieten den Betroffenen jedoch keinen ausreichenden Schutz vor einer drohenden Zwangsverrentung.

Die Unbilligkeitsverordnung soll nach dem Willen der Koalitionsarbeitsgruppe "Flexible Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand" vom 10. November 2015 ergänzt werden. Folgendes Kriterium soll nach dem Abschlussbericht neu aufgenommen werden: "Unbillig ist die Inanspruchnahme, wenn Leistungsberechtigte dadurch hilfebedürftig im Sinne der Grundsicherung im Alter werden würden. Dies ist anzunehmen, wenn der Betrag in Höhe von 70 Prozent der bei Erreichen der Altersgrenze (§ 7a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch) zu erwartenden ungeminderten Altersrente niedriger ist als der zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Unbilligkeit maßgebende Bedarf des Leistungsberechtigten nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch" (vgl. www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Inhalt/0_Home/meldungen/2015_11_10_vorschlaege_flexi_koalition.html).

In einer Anhörung von Sachverständigen am 1. Dezember 2014 im Ausschuss für Arbeit und Soziales wurde die Vermeidung des Grundsicherungsbezugs im Alter als "kleine Lösung" diskutiert und mehrheitlich als unzureichend und zu bürokratisch kritisiert. Die Mehrzahl der Sachverständigen teilte die Forderung der Fraktion DIE LINKE. (http://dip21.bundestag.btg/dip21/btd/18/005/1800589. pdf) nach Abschaffung der sog. Zwangsverrentung (vgl. "Experten kritisieren den Renten-Automatismus", www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a11/kw49_pa_arbeit_soziales/341888). Kritisiert wurden u. a. der Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen und die Tatsache, dass die Zwangsverrentung dem Ziel der Arbeitsmarktintegration zuwiderlaufe.

Hieraus und aus dem andauernden Zustand der Zwangsverrentung ergeben sich Fragen an die Bundesregierung.

- 1. Welches Verfahren ist den Trägern des SGB II für den Verweis auf einen vorzeitigen Rentenbezug aktuell vorgeschrieben?
- 2. In welchen Dokumenten sind die Verfahren nach Kenntnis der Bundesregierung niedergelegt, welche Verbindlichkeit haben diese Dokumente für die Jobcenter (bitte ggf. differenzieren nach gemeinsamer Einrichtung und zugelassenem kommunalem Träger), und welche konkreten Voraussetzungen, Bedingungen und Ausnahmekonstellationen sind in diesen Dokumenten für eine Zwangsverrentung benannt?

Leistungsberechtigte sind nach § 12a Satz 1 SGB II verpflichtet, Sozialleistungen anderer Träger in Anspruch zu nehmen und die dafür erforderlichen Anträge zu stellen, sofern dies zur Vermeidung, Beseitigung, Verkürzung oder Verminderung der Hilfebedürftigkeit erforderlich ist. Dazu gehört auch die Inanspruchnahme einer vorzeitigen Altersrente nach Vollendung des 63. Lebensjahres, § 12a Satz 2 Nummer 2 SGB II. Diese Pflicht besteht nicht, wenn ein Ausnahmetatbestand nach der Unbilligkeitsverordnung vorliegt.

Sind die Leistungsberechtigten zur Inanspruchnahme einer vorzeitigen Altersrente verpflichtet, sind sie nach § 5 Absatz 3 Satz 1 SGB II zu deren Beantragung aufzufordern. Kommen die Leistungsberechtigten der Aufforderung des Jobcen-

ters nicht nach, so kann der Antrag von den Jobcentern gestellt werden (§ 5 Absatz 3 SGB II). Im Falle einer Ablehnung oder Versagung durch den Rententräger können die Jobcenter entsprechende Rechtsmittel einlegen.

Für die gemeinsamen Einrichtungen ist dieses Verfahren in den Fachlichen Weisungen zu den §§ 5 und 12a SGB II geregelt; diese sind für die gemeinsamen Einrichtungen auch verbindlich.

3. Welchen Gestaltungsspielraum überlässt der Gesetzgeber den Jobcentern bei der Ausführung der Vorschriften zur Zwangsverrentung und der Anwendung der Unbilligkeitsverordnung?

Stellen Leistungsberechtigte trotz Aufforderung durch das Jobcenter den erforderlichen Antrag auf vorzeitige Altersrente nicht, können die Jobcenter nach § 5 Absatz 3 Satz 1 SGB II den Antrag stellen sowie Rechtsbehelfe und Rechtsmittel einlegen. Die Anwendung des § 5 Absatz 3 Satz 1 SGB II steht somit im Ermessen der Jobcenter. Weitere Gestaltungsspielräume bestehen nicht, weil die in der Unbilligkeitsverordnung genannten Tatbestände abschließend sind. Bei der Ausübung des Ermessens sind die Interessen der Allgemeinheit an einer nachrangigen Erbringung der steuerfinanzierten Geldleistungen nach dem SGB II gegenüber den Interessen der Leistungsberechtigten an einer ungekürzten Rentenzahlung abzuwägen. Soweit im Einzelfall Gründe vorliegen, die die Interessen der Allgemeinheit überwiegen, kann von einer Aufforderung zur Antragstellung auf eine vorzeitige Rentenantragstellung abgesehen werden. Die Anwendung der Unbilligkeitsverordnung steht demgegenüber nicht im Ermessen der Jobcenter.

4. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung von der Umsetzung des § 12a SGB II und der Unbilligkeitsverordnung durch die sog. Optionskommunen?

Der Bundesregierung liegen hierzu mangels Aufsicht keine Informationen vor.

5. Wie werden der Verweis auf einen vorzeitigen Rentenbezug und sein Ergebnis nach Kenntnis der Bundesregierung administrativ dokumentiert und statistisch aufgearbeitet?

Bei der Aufforderung zur Beantragung einer vorzeitigen Altersrente handelt es sich um einen Verwaltungsakt, der in der Leistungsakte zu dokumentieren ist. Eine statistische Erfassung erfolgt nicht.

6. Welche rechtlichen Änderungen müssten aus Sicht der Bundesregierung vorgenommen werden, um die vorhandenen Kenntnisse statistisch auszuwerten, und aus welchen Gründen hat die Bundesregierung bisher darauf verzichtet, diese Änderungen zu initiieren?

Aus Sicht der Bundesregierung lässt sich der mit der statistischen Erfassung der Aufforderungen zur Beantragung einer vorzeitigen Altersrente bzw. anderer Sozialleistungen verbundene hohe Aufwand nicht rechtfertigen. Die Bundesregierung hält eine solche statistische Erfassung im Übrigen auch nicht für erforderlich.

- 7. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, bei denen Leistungsbeziehende aufgrund vermeintlich fehlender Mitwirkung bei der Antragstellung auf Altersrente mit Abschlägen durch das Jobcenter reduzierte Leistungen erhalten haben bzw. ihnen Leistungen ganz vorenthalten wurden?
 - a) Wenn ja, wie viele Fälle sind bekannt, und welche Jobcenter sind betroffen?
 - b) Mit welcher Rechtsgrundlage sind ggf. derartige Leistungsbeschränkungen begründet worden?
 - c) Welche Konsequenzen ziehen ggf. die Bundesregierung und die Bundesagentur für Arbeit?
 - d) In wie vielen Fällen haben Leistungsberechtigte gegen die Leistungseinschränkungen Widerspruch und/oder Klage eingereicht?

Mit welchem Ergebnis?

Eine Leistungsbeschränkung oder gar -ablehnung aufgrund der fehlenden Mitwirkung bei der Beantragung einer vorzeitigen Altersrente wäre rechtswidrig. Der Bundesregierung sind keine entsprechenden Fälle bekannt.

- 8. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, bei denen Leistungsbeziehenden aufgrund vermeintlich fehlender Mitwirkung bei der Antragstellung auf eine abschlagsgeminderte Altersrente durch das Jobcenter Sanktionen nach § 31 SGB II angedroht wurden oder sie Sanktionen erfahren haben?
 - a) Wenn ja, wie viele Fälle sind bekannt, und welche Jobcenter sind betroffen?
 - b) In wie vielen Fällen haben Leistungsberechtigte gegen die Sanktionen Widerspruch und/oder Klage eingereicht?
 - Mit welchem Ergebnis?
 - c) Welche Konsequenzen ziehen ggf. die Bundesregierung und die Bundesagentur f\u00fcr Arbeit?

Der Bundesregierung sind keine entsprechenden Fälle bekannt.

- 9. Stehen dem Jobcenter Instrumente zur Verfügung, in den Antragsprozess einzugreifen vor dem Hintergrund, dass die Entscheidung, eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu beantragen, grundsätzlich die/der Versicherte trifft, und wenn ja, welche Instrumente sind dies?
- 10. Ist das Jobcenter nach Kenntnis der Bundesregierung berechtigt, in das nach § 99 SGB VI eingeleitete Rentenantragsverfahren einzugreifen, wenn die/der Leistungsberechtigte von sich aus bei dem jeweils zuständigen Träger der Rentenversicherung einen Antrag auf Regelaltersrente gestellt hat, und wenn ja, wodurch (bitte Rechtsgrundlage erläutern)?

Das Jobcenter kann nach § 5 Absatz 3 SGB II Anträge stellen sowie Rechtsbehelfe und Rechtsmittel einlegen, wenn Leistungsberechtigte trotz Aufforderung einen erforderlichen Antrag auf Leistungen eines anderen Trägers nicht stellen.

11. Wie entwickelt sich der Zugang von leistungsberechtigten Personen in der Altersgruppe zwischen 63 Jahren und der Regelaltersgrenze in die Sozialhilfe (Drittes Kapitel SGB XII), die zugleich eine vorgezogene Altersrente beziehen (bitte jährlich seit 2008 nach Geschlecht und Bundesländern angeben)?

Die Empfängerstatistik für das Dritte Kapitel des SGB XII erfasst weder die Ursache des Leistungsbezugs noch differenziert sie die statistisch als angerechnetes Einkommen erfassten Altersrenten in "vorgezogene" und andere Altersrenten. Daher liegen der Bundesregierung die gewünschten Informationen nicht vor.

12. Wie viele SGB-II-Leistungsberechtigte (bitte insgesamt und getrennt nach Erwerbsfähigen sowie nicht Erwerbsfähigen aufschlüsseln) waren jeweils 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64 und 65 Jahre alt (bitte Angaben jeweils pro Jahr seit 2014, nach Geschlecht, bundesweit und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Im Jahresdurchschnitt 2015 gab es 489.000 Regelleistungsberechtigte im SGB II im Alter von 58 bis 65 Jahren, davon waren 478.000 erwerbsfähig und 11.000 nicht erwerbsfähig. Informationen zu Geschlecht und Bundesländern können nach Jahren der Tabelle im zu Frage 12 im Anhang entnommen werden.

13. Wie viele Leistungsberechtigte ab 63 Jahren sind pro Jahr aus dem Leistungsbezug abgegangen (bitte auch separat nach Alter von 63, 64, 65 Jahren und nach Geschlecht ausweisen)?

Im Jahr 2015 gingen 86.000 Regelleistungsberechtigte im Alter von 63 Jahren oder mehr aus dem Regelleistungsbezug ab. Eine Differenzierung nach Geschlecht kann der folgenden Tabelle entnommen werden.

Abgang aus dem Regelleistungsbezug: Regelleistungsberechtigte (RLB) Deutschland

		, A	Abgang aus Regellei	stungsbezug: RLB	
Merkmal		63 bis 65 Jahre	63 Jahre	64 Jahre	65 Jahre
		1	2	3	4
Insgesamt	Jahressumme 2014	88.755	31.665	11.823	45.266
ii logooairik	Jahressumme 2015	85.681	38.671	11.050	35.960
Männer	Jahressumme 2014	48.589	18.507	6.699	23.382
Wallio	Jahressumme 2015	45.376	20.249	6.274	18.853
Frauen	Jahressumme 2014	40.166	13.158	5.124	21.884
riduen	Jahressumme 2015	40.300	18.420	4.775	17.105

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

14. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, in welchen Status diese Leistungsberechtigten gewechselt sind (insbes. Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt, geförderte Beschäftigung)?

Eine Differenzierung der in der Antwort zu Frage 13 genannten Abgänge nach Abgangsgründen ist nicht möglich.

15. Wie hat sich die Zahl der über 58-jährigen SGB-II-Leistungsberechtigten seit dem Jahr 2012 entwickelt, die statistisch als arbeitslos gelten, und wie viele von diesen waren in den entsprechenden Jahren über 63 Jahre alt (bitte bundesweit und nach Bundesländern sowie nach Geschlecht aufschlüsseln)?

Im Jahresdurchschnitt 2015 gab es 478.000 erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) über 58 Jahren. 167.000 dieser ELB waren arbeitslos, darunter 19.000 Personen im Alter von 63 Jahren und älter. Der im Anhang beigefügten Tabelle zu Frage 15 und 16 sind die Zahlen ab dem Jahr 2012 nach Ländern und Geschlecht zu entnehmen.

- 16. Wie viele der über 58-Jährigen gelten nicht als arbeitslos (bitte die Anzahl der über 63-Jährigen extra ausweisen), weil sie
 - a) noch unter die sog. "58er-Regelung" und
 - b) unter die Regelung des § 53a Absatz 2 SGB II

fielen bzw. fallen (bitte Angaben jeweils pro Jahr seit 2013 und in Bezug auf a) bis März 2015 sowie bundesweit und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Im Jahresdurchschnitt 2015 gab es 478.000 erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) im Alter von 58 Jahren und älter. 311.000 dieser ELB waren nicht arbeitslos, darunter 72.000 Personen im Alter von 63 Jahren und älter. Von den 311.000 nicht arbeitslosen Personen fielen 163.000 unter die Regelung des § 53a Absatz 2 SGB II. Bei den Menschen im Alter von 63 Jahren oder älter waren es 50.000.

Weitere Gründe, dass ein Leistungsberechtigter nicht arbeitslos ist, können in den Grund-lagen der § 428 SGB III, § 65 SGB II und § 252 SGB VI liegen. Eine weitere Ausdifferenzierung nach den einzelnen genannten Rechtsgrundlagen ist nicht möglich. Im Jahresdurchschnitt 2015 fielen darunter 1.400 Personen im Alter von über 58 Jahren, 22.000 im Jahr 2014 und 55.000 im Jahr 2013.

Der im Anhang beigefügten Tabelle zu Frage 15 und 16 sind die Zahlen ab dem Jahr 2012 nach Ländern und Geschlecht zu entnehmen.

17. Wie viele der über 58-jährigen SGB-II-Leistungsberechtigten wurden in welchem Alter in eine Erwerbstätigkeit vermittelt (bitte unterschieden nach Abgangsgründen pro Jahr seit November 2013 angeben)?

Im Jahr 2015 gab es 33.000 Integrationen in Erwerbstätigkeit für erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) im Alter von 58 Jahren oder älter. Eine Integration liegt dann vor, wenn ein erwerbsfähiger Leistungsberechtigter eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, eine voll qualifizierende berufliche Ausbildung oder eine selbständige Erwerbstätigkeit aufnimmt.

Aktuelle Daten liegen für den April 2016 vor. In diesem Monat nahmen 3.200 erwerbsfähige Leistungsberechtige über 58 Jahren eine Erwerbstätigkeit auf. Eine Zeitreihe nach Altersjahren kann der im Anhang beigefügten Tabelle zu Frage 17 entnommen werden. Ein Ausweis von Abgangsgründen ist nicht möglich.

- 18. Wie oft ist die Aufforderung,
 - a) Rentenansprüche zu klären und
 - b) vorgezogene Rente zu beantragen,

in eine Eingliederungsvereinbarung aufgenommen worden (bitte pro Jahr seit 2008 angeben)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

- Wie oft wurden Leistungsberechtigte schriftlich und/oder mündlich aufgefordert.
 - a) Rentenansprüche zu klären und
 - b) vorgezogene Rente zu beantragen

(bitte pro Jahr seit 2008 angeben)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

20. In wie vielen Fällen hat der Grundsicherungsträger für die Leistungsberechtigten einen Antrag auf vorzeitige Altersrente gestellt (bitte pro Jahr seit 2008 angeben)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

- In wie vielen F\u00e4llen sind erwerbsf\u00e4hige Leistungsberechtigte im Alter von 63 bis 65 Jahren
 - a) aufgrund dieser Aufforderung und
 - b) nach Antragstellung durch das Jobcenter

aus dem SGB-II-Leistungsbezug ausgeschieden (bitte pro Jahr und Bundesland seit 2008 angeben)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

22. Zu den Fragen 18 bis 21: Sollten hierzu keine Angaben vorliegen, beabsichtigt die Bundesregierung, sich dazu aufgrund der zunehmend eingehenden Nachfragen der Bürgerinnen und Bürger Erkenntnisse zu verschaffen, und wenn ja, auf welchem Weg?

Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, eine statistische Erfassung dieser Fälle einzuführen. Eine entsprechende Informationspflicht würde zu unverhältnismäßig hohem Verwaltungsaufwand bei den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende führen. Die Bundesregierung hält eine solche statistische Erfassung im Übrigen auch nicht für erforderlich.

- 23. Hält die Bundesregierung die Abschaffung der Zwangsverrentung für rechtlich zulässig, und welche Gründe sprechen nach Auffassung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für und gegen eine Abschaffung der Zwangsverrentung?
- 24. Hält die Bundesregierung an der Auffassung fest, dass die Beantragung einer Altersrente durch Personen, die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II beziehen, ein im Hinblick auf die Nachrangigkeit dieser Leistungen erforderlicher, systematisch richtiger Vorgang ist, und überträgt sie diese Auffassung auf die Antragstellung durch Dritte gegen den Willen der Leistungsempfänger, und wenn ja, warum?

Die Nachrangigkeit der Leistungen ist ein Kernelement der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Leistungsberechtigte in der Grundsicherung für Arbeitsuchende haben alle vorhandenen oder erzielbaren Möglichkeiten zu nutzen, ihren Lebensunterhalt unabhängig von den Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) zu bestreiten.

Leistungsberechtigte sind deshalb insbesondere verpflichtet, Sozialleistungen anderer Träger in Anspruch zu nehmen und die dafür erforderlichen Anträge zu stellen, sofern dies zur Vermeidung, Beseitigung, Verkürzung oder Verminderung der Hilfebedürftigkeit erforderlich ist (§ 12a Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)). Dazu gehört grundsätzlich auch die Beantragung einer – auch vorzeitigen – Altersrente.

Nach § 12a Satz 2 Nummer 1 SGB II sind Leistungsberechtigte dennoch bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres nicht verpflichtet, eine Rente wegen Alters vorzeitig in Anspruch zu nehmen. Eine vollständige Abschaffung der Pflicht zur Inanspruchnahme vorzeitiger Altersrenten würde – insbesondere im Hinblick auf andere Sozialleistungen – zu ungerechten Ergebnissen führen, wäre zudem auf Grund der Nachrangigkeit der Grundsicherung für Arbeitsuchende systemwidrig und wird deshalb abgelehnt.

Soweit die bestehende Pflicht zu Unbilligkeiten führt, wurden mit der Unbilligkeitsverordnung in der seit 1. Januar 2008 geltenden Fassung weitere Ausnahmen geregelt, bei deren Vorliegen keine Verpflichtung zur Inanspruchnahme einer vorzeitigen Altersrente besteht (Bezug von Arbeitslosengeld, bevorstehende abschlagsfreie Altersrente, Erwerbstätigkeit). Die Bundesregierung prüft darüber hinaus die Einführung eines weiteren Unbilligkeitstatbestandes entsprechend dem Beschluss der Koalitionsarbeitsgruppe. Insoweit ist die Abstimmung innerhalb der Bundesregierung noch nicht abgeschlossen.

Die bestehende Pflicht würde ins Leere laufen, würden die Jobcenter nicht die Möglichkeit haben, auf eine Weigerung Leistungsberechtigter zu reagieren, erforderliche Anträge auf vorrangige Sozialleistungen zu stellen. Die Regelung des § 5 Absatz 3 Satz 1 SGB II ist demnach sachgerecht.

25. Inwieweit hält die Bundesregierung das Kriterium "70 Prozent der zu erwartenden Altersrente" für begründet und ausreichend, um Grundsicherungsbedürftigkeit dauerhaft auszuschließen?

Das im Rahmen der Änderung der Unbilligkeitsverordnung angedachte Kriterium ist für die bei Vollendung des 63. Lebensjahres erforderliche Prüfung, ob bei Inanspruchnahme der vorzeitigen Altersrente voraussichtlich Hilfebedürftigkeit im Sinne der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vorliegt, ausreichend. Erforderlich ist insoweit eine pauschalierte, in der Verwaltung möglichst

effizient durchführbare Prüfung auf der Basis der zum Zeitpunkt der Entscheidung bekannten und prognostizierbaren Tatsachen. Konkret wären 70 Prozent der auf der letzten, der leistungsberechtigten Person vorliegenden Rentenauskunft (61. Lebensjahr) bescheinigten voraussichtlichen Bruttoregelaltersrente mit dem zum Zeitpunkt der Entscheidung vorliegenden Bedarf der leistungsberechtigten Person nach dem SGB II zu vergleichen. Der für den Vergleich nicht herangezogene Teil der voraussichtlichen Altersrente berücksichtigt pauschaliert die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung sowie die bei der vorzeitigen Inanspruchnahme entstehenden prozentualen Abschläge von der Altersrente.

26. Kann bzw. wie will die Bundesregierung auf Grundlage des durch die Koalitionsarbeitsgruppe formulierten Vorschlags sicherstellen, dass bei ehemaligen SGB-II-Leistungsberechtigten auch dauerhaft kein Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter entsteht (z. B. weil sich der Bedarf im Zeitablauf durch Umzug, Ende einer Ehe, Entstehung von Mehrbedarfen nach § 30 SGB XII erhöht)?

Im Hinblick auf die Vielzahl der zu berücksichtigenden Parameter sowie auf Grund der Tatsache, dass die Entscheidung bis zu vier Jahre vor dem Regeleintrittsalter der Altersrente erfolgt, ist ein späterer Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter nicht gänzlich ausgeschlossen.

27. Wie hoch war im Rentenzugang der Jahre 2014 sowie 2015 der durchschnittliche Rentenzahlbetrag bei der Regelaltersrente?

Nach den Statistiken der Deutschen Rentenversicherung betrug der durchschnittliche Rentenzahlbetrag bei der Regelaltersrente im Rentenzugang 2014 436 Euro und im Rentenzugang 2015 483 Euro. Darin ist der Sondereffekt durch die "neuen Mütterrenten" aus dem Rentenpaket enthalten. Würde dieser Sondereffekt herausgerechnet werden, erhöht sich der durchschnittliche Rentenzahlbetrag im Rentenzugang 2014 auf 501 Euro und im Rentenzugang 2015 auf 528 Euro. Dabei ist zu beachten, dass in den Regelaltersrenten viele Rentnerinnen und Rentner mit kurzen Rentenversicherungsbiographien enthalten sind. So zum Beispiel Beamte, Selbständige sowie Frauen, die nach der Geburt von Kindern ihr Erwerbsleben beendet haben. Betrachtet man alle Altersrenten, nicht nur die Regelaltersrenten, so liegen die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge bei 752 Euro (2014) bzw. bei 810 Euro (2015).

28. Wie hoch war in den Jahren 2014 und 2015 der durchschnittliche Rentenzahlbetrag bei der Regelaltersrente bei Zugängen aus dem SGB II (brutto und netto sowie brutto und netto von 70 Prozent des Zahlbetrags)?

SGB II Leistungsempfänger wurden nur in den Jahren ab 2005 bis 2010 in den Statistiken der Deutschen Rentenversicherung vollständig erfasst, da sie in dieser Zeit in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert waren. Daher liegen der Bundesregierung Informationen zu den durchschnittlichen Rentenzahlbeträgen für Rentenzugänge der Jahre 2014 und 2015 aus dem SGB II nicht vor.

29. Wie hoch war im gleichen Zeitraum der Bruttobedarf bei einer nach dem SGB II leistungsberechtigten alleinstehenden Person (Angaben bitte bundesweit, nach Geschlecht und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Als Bedarf bezeichnet man den Geldbetrag, der notwendig ist, um den Lebensunterhalt sichern zu können. In der statistischen Darstellung werden die Bedarfe für den Regelbedarf, die Mehrbedarfe und die Kosten der Unterkunft abgebildet. Der durchschnittliche Bedarf für Regelleistungsberechtigte in Single-Bedarfsgemeinschaften lag im Jahresdurchschnitt 2015 bei 714 Euro. Informationen nach Geschlecht und Bundesländern können der in Anhang beigefügten Tabelle zu Frage 29 entnommen werden.

30. Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter fachlich in die Lage versetzt werden, festzustellen bzw. zu berechnen, dass nicht zwangsverrentet wird, wenn 70 Prozent der zu erwartenden ungeminderten Altersrente niedriger sind als der im Zeitpunkt der Entscheidung über die Unbilligkeit maßgebende Bedarf des Leistungsberechtigten nach dem SGB II?

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter sind in der Lage, die vorgesehene pauschalierte Prüfung durchzuführen.

31. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Personen, die aufgrund regelmäßiger Beitragszahlung in die gesetzliche Rentenversicherung vor dem Leistungsbezug nach dem SGB II eine hohe Wahrscheinlichkeit aufweisen, entsprechend hohe Rentenanwartschaften aufgebaut zu haben, aufgrund des Formulierungsvorschlags der Koalitionsarbeitsgruppe nach wie vor zwangsverrentet werden dürften, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung diese Ungleichbehandlung gegenüber Personen im SGB-Leistungsbezug, die aufgrund deutlich niedrigerer Rentenanwartschaften auf die Grundsicherung im Alter angewiesen wären, in Zukunft nicht mehr zwangsverrentet werden würden?

Leistungsberechtigte, die mit einer vorzeitig in Anspruch genommenen Altersrente ihre Hilfebedürftigkeit überwinden können, sind in der Lage, ihren Lebensunterhalt dauerhaft ohne Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende bzw. nach dem Dritten oder Vierten Kapitel des SGB XII zu bestreiten. Sie können daher auf die Inanspruchnahme verwiesen werden.

32. Geht die Bundesregierung davon aus, dass bei der Ermessensentscheidung auf die Berechnung der Träger der Rentenversicherung zurückgegriffen werden muss, oder hält die Bundesregierung eine mögliche Rentenauskunft für ausreichend (§ 109 Absatz 2 SGB VI)?

Bei der von der Koalitionsarbeitsgruppe vorgeschlagenen Prüfung handelt es sich nicht um eine Ermessensentscheidung. Ist die zu erwartende vorzeitige Altersrente zu niedrig, gilt der Verweis als unbillig und soll unterbleiben. Für die Prüfung ist die letzte vorliegende Rentenauskunft nach § 109 SGB VI ausreichend.

33. Hält die Bundesregierung die durch die Koalitionsarbeitsgruppe vorgeschlagene Formulierung für eine Rechtsvereinfachung im Sinne der Arbeitsverwaltung, oder geht sie von einem zusätzlichen Verwaltungsaufwand aus, wie dies bereits in der Stellungnahme der Bundesagentur für Arbeit zur Sachverständigenanhörung am 1. Dezember 2014 zum Ausdruck gekommen ist (vgl. Bundestagsdrucksache 18(11)258, S. 2)?

Die Umsetzung der von der Koalitionsarbeitsgruppe vorgeschlagenen Formulierung führt zu einer erheblichen Verwaltungsvereinfachung. Auch nach dem geltenden Recht ist die bei Vollendung des 61. Lebensjahres erteilte Rentenauskunft zur Prüfung, zu welchem Zeitpunkt eine Rente wegen Alters in Anspruch genommen werden kann, beim Jobcenter vorzulegen. Liegt demnach aufgrund der Höhe

der zu erwartenden Altersrente Unbilligkeit bei einer vorzeitigen Inanspruchnahme vor, entfällt die Aufforderung zur Inanspruchnahme der Altersrente sowie das weitere Verfahren. Schließlich entfällt auch der Aufwand für die Abrechnung von Erstattungsansprüchen zwischen den Jobcentern und den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung, wenn die Altersrente zum Regeleintrittstermin beantragt wird.

- 34. Wie viele Personen werden nach Einschätzung der Bundesregierung durch die Einfügung des verabredeten neuen Kriteriums in Zukunft
 - a) weniger von Zwangsverrentung betroffen sein und
 - b) trotz des neuen Kriteriums weiterhin zur Zwangsverrentung verpflichtet werden können?

Wie in der Antwort zu Frage 19 bereits erläutert, liegen der Bundesregierung zur Zahl der Verrentungen aufgrund der Regelung des § 12a Absatz 1 SGB II keine Informationen vor. Es ist aber davon auszugehen, dass ein wesentlicher Teil der Personen im Alter von 63 bis zur Altersgrenze nach § 7a SGB II, die derzeit Leistungen nach dem Dritten Kapitel SGB XII beziehen, von der geplanten Neuregelung profitieren würden.

35. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die durchschnittlichen Verwaltungskosten für den Vorschlag durch die Koalitionsarbeitsgruppe pro geprüften Einzelfall?

Es liegen keine Messergebnisse zur Höhe des Verwaltungsaufwands für die Prüfung dieser Fälle vor, sodass es sich um eine grobe Einschätzung beziehungsweise eine Größenordnung des sich aus der Prüfung ergebenden Aufwandes handelt. Hier geht die Bundesregierung von einer durchschnittlichen Dauer von circa 10 Minuten pro zu prüfendem Einzelfall aus. Der zusätzliche Verwaltungsaufwand durch die einfache, pauschalierte Unbilligkeitsprüfung anhand der Rentenauskunft und die Bearbeitung der jährlichen Leistungsanträge im SGB II würde durch die reduzierte Anzahl der Aufforderungen zur Rentenantragstellung, die geringere Anzahl an Widerspruchsverfahren sowie die geringere Zahl an Erstattungsverfahren nach § 40a SGB II überkompensiert, sodass der Verwaltungsaufwand im Ergebnis sinken würde.

36. Wann ist die Umsetzung des Formulierungsvorschlags der Koalitionsarbeitsgruppe in der UnbilligkeitsV geplant?

Die Umsetzung wird derzeit innerhalb der Bundesregierung abgestimmt.

				TO LIL OF Labor									60 Jahre		1 10											65 Jahre	
The continue of the continue	chlech			58 bis 65 Janr										_	יירום	hre	62 Jahr	9		63 Jahre			64 Jahre				
Continue			Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfäl		t erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig		erwerbsfahig			e						Insgesamt	nt erwerbsfähig	ig erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfahig	nicht	Insgesamt e	erwerbsfahig	nicht erwerbsfähig
State-state 1,550, at			-		3	4	2	9	7	8	6	10	=		13 14	15	Ш			8	21		23	24	25	26	22
Continue c		Insgesamt	497.110		10.81			2.086	Ψ.	81.163	1.916	79.804	78.092										43.870	999	10.766	10.196	22
Proceedings 1,151,		01 Schleswig-Holstein	16.304		ío			98	2.616	2.527	88	2.492	2.399										1.600	8	392	370	2
Control Cont		02 Hamburg	14.254		7 7			8 5		2.229	9 7	2.070	2.031						1.466	36 1.448	18	1.607	1,600	- 40	431	419	12
Deciminate-vicination 1,10, 1,10		04 Bremen	42.07		-			98		1042	<u> </u>	0.303	1 020										4. Ioo	8 «	177	999	Þ
Contentional contention Contentional contentional contention Contentional con		05 Nordrhein-Westfalen	118.058					625	_	18.798	521	18.253	17.777										11.377	193	2,895	2.730	165
Company Comp		06 Hessen	29.559					226		4.543	210	4.465	4.290										3.039	88	863	775	88
Mathemenymenthrough		07 Rheinland-Pfatz	17.276		34			7		2.766	9	2.664	2.606										1.647	8 8	420	403	, –
State Stat	ŧ	08 Baden-Württemberg	36.514		51			26		5.665	75	5.626	5.557										3.714	33	942	895	47
		09 Bayem	38.165		61			121		5.935	109	5.903	5.818							3.815			3.792	8	986	096	2
438.0 43.0 <t< td=""><td></td><td>10 Saarland</td><td>6.430</td><td></td><td>10</td><td></td><td></td><td>4</td><td></td><td>991</td><td>19</td><td>066</td><td>973</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td>707</td><td>6</td><td>181</td><td>177</td><td></td></t<>		10 Saarland	6.430		10			4		991	19	066	973										707	6	181	177	
Experimentary Control		11 Berlin	39.660	.,	51			86		6.381	86	6.071	5.993	78					59 4.042	4	3 39	4.039	4.013	92	286	946	4
Observed controlled by the controlled by th		12 Brandenburg	24.767		46			82		4.524	88	4.425	4.342	84									1.356	27	261	241	20
Control		13 Mecklenburg-Vornommern						92		3.260	20	3.263	3 198							1 068			965	σ	180	173	
Experimental State of the state		14 Sachsen						156		7.285	167	7.541	7.383										2.765	37	491	466	. 56
The continue contin		15 Sachsen-Anhalt	28.156					96		5.136	109	5.118	5.029										1.521	22	277	261	-
Obstatement and the state of the s		16 Thüringen	17.910					61		3.284	54	3.302	3.246										921	13	219	210	6
1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1,		Insgesamt	257.583		99.9		•	1.158		41.300	1.096	40.770	39.740	.,									22.807	461	5.772	5.399	373
7.544 7.547 7.549 <th< td=""><td></td><td>01 Schleswig-Holstein</td><td>8.738</td><td></td><td>26</td><td></td><td></td><td>20</td><td></td><td>1.349</td><td>45</td><td>1.323</td><td>1.271</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td>828</td><td>19</td><td>210</td><td>196</td><td></td></th<>		01 Schleswig-Holstein	8.738		26			20		1.349	45	1.323	1.271										828	19	210	196	
3.48 3.14 3.48 3.44 3.99 3.39 3.17 3.19 3.19 3.10 3.19 3.19 3.19 3.19 3.19 3.19 3.19 3.19 3.10 3.48 3.41 3.44 3.64 3.24 3.24 3.47 3.49 3.19 3.		02 Hamburg	7.534		4			28		1.153	27	1.088	1.067										846	9	237	230	
4.5.4. 3.1.7. 6.9. 6.9. 6.4. 6.9. 6.4. 6.9. 6.4. 6.9. 6.4. 6.9. 6.4. 6.9. 6.4. 6.9. 6.4. 6.9. 6.4. 6.9. 6.4. 6.9. 6.4. 6.9. 6.4. 6.9. 6.4. 6.9. 6.4. 6.9. 6.4. 6.9. 6.4. 6.9. 6.9. 6.9. 6.4. 6.9.		03 Niedersachsen	22.188		9			110		3.486	06	3.389	3.301										2.130	98	264	519	•
1,5,2,1 1,5,2,2 1,1,3		04 Bremen	3.486		-			10	·	236	9	547	236										332	4	06	87	
18,222 18,21 1,214 1,2		OS Nordrinem-westralen	59.403		7.7			343		9.404	782	9.139	2.242										5.615	133	1.430	1.333	
1915 1915 1916		07 Rheinland-Pfalz	118.8					39		1.407	2 8	1.348	1.313										833	3 4	225	216	
19.54 18.64 18.64 18.64 18.64 18.64 18.64 18.64 18.64 2.847 2.897 2.847 2.894 2.847 2.897 2.847 2.867 4.86 2.864 2.897 4.86 2.864 2.867 4.86 2.867 2.894 2.867 2.894 2.867 2.894 2.864 2.894 2.867 4.86		08 Baden-Württemberg	18.528		9 1			22		2.819	43	2.836	2.801						1.913	13 1.873	3 40	1.875	1.847	- 88	203	472	.,
1.1 1.1		09 Bayem	19.154		38			19		2.857	99	2.904	2.847										1.905	33	514	498	•
11.26 1.1566 2.165 2.165 2.265 3.66 3.66 3.66 3.66 3.67 3.27 3.68 3.64 3.69 3.27 3.68 3.64 3.69 3.27 3.68 3.64 3.69 3.27 3.69 3.67 3.69 3.67 3.69 3.60 3		10 Saarland	3.281		4)			9		909	10	208	498										358	9	88	88	2
13.287 12.861 3.46 2.378 2.325 5.6 2.443 2.385 6.0 2.284 2.271 6.5 5.284 2.275 1.865 1.645 1.745 1.265 1.865 1.645 1		11 Berlin	21.861		26			42		3.464	20	3.317	3.277										2.254	13	267	546	
wheth 9.656 9.410 248 1.736 1.736 1.736 1.736 1.736 1.736 1.736 1.736 1.736 1.736 1.736 1.736 1.736 1.736 1.645 1.645 1.645 1.645 1.645 1.645 1.646 1		12 Brandenburg	13.297		ĕ			8		2.383	09	2.284	2.221	63								808	784	53	163	148	
22.244 21874 570 3.479 3.65 3.63 103 3.790 3.66 3.67 3.77 3.79 3.68 3.60 3.67 3.79 3.69 3.69 3.67 3.79 3.68 3.60 3.67 3.79 3.66 3.70 3.79 3.66 3.70 3.79 3.66 3.67 3.79 3.66 3.67 3.79 3.68 3.67 3.79 3.66 3.79 3.68 3.67 3.79 3.66 3.79 3.66 3.79 3.66 3.80 3.70 3.80 3.70 3.70 3.80 3.70 3.80 3.70 3.80 3.70 3.80 3.70		13 Mecklenburg-Vorpommem	_		24			44		1.746	23	1.686	1.645			.574			32 670			586	573	13	115	110	2
14,673 44,283 334 52,67 24,69 58 2641 2,263 78 2,607 2,542 65 2,525 24,53 72 2,289 2		14 Sachsen	22.244		57			96		3.639	103	3.790	3.692			3.719							1.521	78	293	273	
9,206 9,003 203 1658 1,003 35 1,045 1,045 34 1,045		15 Sachsen-Anhalt	14.673		35			88		2.563	78	2.607	2.542			453				996 26			860	91	172	159	
238.57 238.377 <th< td=""><td>-1</td><td>16 Thüringen</td><td>9.206</td><td>1</td><td>7</td><td></td><td></td><td>35</td><td></td><td>1.645</td><td>34</td><td>1.655</td><td>1.614</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td>ľ</td><td></td><td></td><td></td><td>ľ</td><td>6</td><td>127</td><td>120</td><td></td></th<>	-1	16 Thüringen	9.206	1	7			35		1.645	34	1.655	1.614						ľ				ľ	6	127	120	
1,12,00 1,12,12 1,12,12 1,12,13 1,12		Insgesamt 01 Schleewig-Holetein	7 566	Ń				927		39.863	819	39.034	38.352						20.982	N	310	21.267	21.063	204	4.994	4.796	86
20.483 20.067 426 3.47 81 3.39 81 3.19 3.29		02 Hamburg	6.720					34		1.076	23	982	964							36 661				2	193	189	
3.21 3.17 4.4 5.6 5.4 5.6 7.4 4.8 4.6 </td <td></td> <td>03 Niedersachsen</td> <td>20.483</td> <td>.,</td> <td>42</td> <td></td> <td></td> <td>81</td> <td></td> <td>3.310</td> <td>84</td> <td>3.194</td> <td>3.129</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>.,</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>83</td> <td>501</td> <td>480</td> <td>20</td>		03 Niedersachsen	20.483	.,	42			81		3.310	84	3.194	3.129				.,							83	501	480	20
58.655 57.415 1.240 9.960 9.678 2.824 9.394 2.29 9.113 8.915 199 8.787 8.610 177 8.089 7.986 7.		04 Bremen	3.212		4			10		909	7	493	486	9										-	88	84	
14,038 13,644 474 23,83 22,858 106 2,293 2,201 92 2,116 2,039 777 2,079 2,077 62 1,825 1,877 1,878		05 Nordrhein-Westfalen	58.655					282		9.394	239	9.113	8.915	199							4 92		5.762	09	1.465	1.398	
1,446 1,147 1,441 1,44		06 Hessen	14.038		.4			106		2.201	95	2.116	2.039	1.1					_			1.466	1.443	82 '	392	369	75
1,120 1,17		07 Kitemiand-Plaiz	3.405		± 9			32		1.359	77	7.317	2,756	4, 6					1 815	du 805			813	× ±	30	18/	
3.149 3.102 47 495 487 8 494 488 9 481 474 7 473 468 5 440 485 17798 17.594 17.595 17.554 245 2.968 2.915 30 2.966 2.916 48 2.753 2.716 38 2.645 2.611 34 2.553 2.511 14.70 11.335 13.5 13.5 1.509 2.091 30 2.169 2.140 2.8 2.141 2.120 2.120 2.039 2.3 16.79 1.661 1.177 1.159 1.150 1.15		09 Bavem	19 011		2 %			7 72		3.078	2 64	3.000	2 971	3 8									1.887	- 4c	472	463	
17.796 17.554 248 248 2.916 53 2.966 2.918 48 2.753 2.716 38 2.645 2.611 34 2.555 2.511 3.611 3.61 3.61 3.61 3.61 3.61 3.61 3		10 Saarland	3.149		4			8		485	6	481	474	7									349	4	92	68	. 60
powinted 8.157 8.089 135 2.120 2.091 30 2.168 2.140 2.8 2.141 2.120 2.1 2.062 2.039 23 1.678 1.661 (1678 1.661 2.062 2.039 2.0 1.678 1.661 (1678 1.661 2.062 2.039 2.0 1.678 1.661 (1678 1.661 2.062 2.039 2.0 1.678 1.661 (1678 1.661 2.062 2.039 2.0 1.678 1.661 (1678 1.661 2.062 2.039 2.0 1.678 1.661 (1678 1.661 2.062 2.039 2.0 1.678 1.661 (1678 1.661 2.062 2.039 2.0 1.678 1.661 (1678 1.661 2.062 2.039 2.0 1.678 1.661 (1678 1.661 2.062 2.039 2.0 1.678 1.661 2.062 2.039 2.0 1.678 1.661 2.062 2.039 2.0 1.678 1.661 2.062 2.039 2.0 1.678 1.661 2.062 2.039 2.0 1.678 1.661 2.062 2.039 2.0 1.678 2.0		11 Berlin	17.798		24			53		2.918	48	2.753	2.716	38		1.611			1.740	-	4 16	1.772	1.759	13	419	400	
pormment 8.157 8.038 119 1535 1.509 27 1.542 1.515 28 1.577 1.553 24 1.450 1.434 16 1.171 1.159 1.159 2.0830 20.343 2.87 3.548 60 3.710 3.646 63 3.751 3.690 61 3.748 3.705 44 3.035 3.011		12 Brandenburg						90		2.140	78	2.141	2.120	21		5.039							572	2	66	88	
20.630 20.343 287 3.547 3.488 60 3.710 3.646 63 3.751 3.690 61 3.748 3.705 44 3.035 3.011		13 Mecklenburg-Vorpommerr						27		1.515	28	1.577	1.553	24		434					9		392	9	65	63	
		14 Sachsen	20.630		25			09		3.646	63	3.751	3.690	61		3.705			1.388	38 1.367		1.253	1.244	6	198	192	
2.487 24 2.476 2.450 25 1.949 1.933		15 Sachsen-Anhait	13.482		₹ '			8 1		2.573	£ :	2.511	2.487	54		2.450					o, (199	991	9	104	102	
																								ø	the lie: Statistik o	Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbe	₽

zu Frage 12: Regelleistungsberechtigte nach Alter und Erwerbsfähigkeit Deutschand 2014

The control of the															Regelleistu	Regelleistungsberechtigte	ө											
The continue of the continue			2	8 bis 65 Jahre	6		58 Jahre			59 Jahre		,			61	Jahre	davon	62,	Jahre		63 Jah	ıre	64 Jah	ıre		65 Jahre	re	
Continue	Geschlech			erwerbsfähig	nicht erwerbsfäf		erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	nwerbsfähig e	nicht rwerbsfähig							•		_			ē			amt erwerbsfähig	nicht fāhig erwerbsfāhi	ht isfahig
Section Sect			-	2	3		9	9	7	8	6		Ξ	12	13	14			18			21		24			27	_
Continue with the continue w		Insgesamt	488.604	477.766	10.83			1.918		80.080	1.909		78.212	1.705	76.206	74.727			-			-		510			10.466	645
Continue		02 Hamburg	14.137	13,891	24			£ 56		2.207	90		2.456	8 8	2.027	1.997								48/ 258			438	22 9
Contemporation Cont		03 Niedersachsen	42.655	41.597	1.05			187		6.834	180		6.601	162	6.402	6.273								460			078	72
Company continue 1,150 1,500 1		04 Bremen	6.741	6.638	9			19		1.085	15		1.035	10	1.009	966								573			176	10
The continue and the		05 Nordrhein-Westfalen	118.696	115.523	3.17			625		19.354	602		18.401	471	17.688	17.267								239			945	190
Second		06 Hessen	29.532	28.350	1.16			182		4.603	193		4.405	196	4.289	4.137								522			819	06
The control of the		07 Rheinland-Pfalz	17.247	16.906	8 8			57		2.829	99 7		2.686	25 5	2.566	2.513								343			425	50
Company Comp	Insgesamt	08 Baden-wurtemberg	36.358	35.836	20.			8 8		5.873	5 8		5.562	8 8	5.506	5.445								720			95/	4 2
The control of the co		10 Saarland	37.623 6.167	37.057	ñ			25 4		5.920	9 5		5.840	£ £	5.631	934								159			157	8 4
Extractive control Con		11 Berlin	38.435	37.915	52			5	6.484	6.398	87	6.247	6.164	- 83	5.812	5.741	1 2							952			917	39
Handelingeringeringeringeringeringeringeringer		12 Brandenburg	23.871	23.392	47			7	4.236	4.166	20	4.332	4.249	83	4.113	4.037	92							904			225	22
State-street State		13 Mecklenburg-Vomommem		16 657	25			25	3.077	3.015	63	3.104	3.040	64	2 998	2 947								656			161	5
Stationary State		14 Sachsen		30.044	5 6			40,	0.017	6.628	143 64	6 024	6.769	\$ 2	6 047	6 808								000			440	2 2
The control of the		15 Sachsen-Anhalt	26.759	26.213	5 75			97	4.763	4.673	6	4.895	4.800	86	4.830	4.756								904			207	24
State Stat		16 Thüringen	17.028	16.713	31			62	3.063	3.013	20	3.125	3.073	52	3.032	2.983								547			132	12
Dictionary-signation 2.5.5		Insgesamt	252.193	245.314	6.87		4	1.078	42.387	41.256	1.130	40.743	39.713	1.030	38.916	37.969								165			573	438
Company contained Comp		01 Schleswig-Holstein	8.851	8.532	31			47	1.411	1.358	53	1.363	1.317	46	1.289	1.242								825			246	16
Mathementaries Mathematical Mathementaries Mathematical Mathematic		02 Hamburg	7.424	7.289	13			22	1.170	1.146	25	1.153	1.136	18	1.063	1.043								674			224	6
State Stat		03 Niedersachsen	22.119	21.455	96			104	3.658	3.552	107	3.481	3.387	95	3.276	3.195								826			560	20
State Stat		05 Nordrhein-Westfalen	59 625	57.690	193			345		9 780	347	9.400	9 136	264	8 833	8.575								511			93	123
The continue of the continue o		06 Hessen	15.372	14.626	47			101		2.387	112	2.372	2.254	119	2.247	2.155								341			445	92
Belline Bell		07 Rheinland-Pfalz	8.812	8.592	. 55			8		1.441	1 4	1.394	1.363	31	1.299	1.264								683			221	4
Distribution Communication	Männer	08 Baden-Württemberg	18.420	18.085	33			22	3.065	3.006	09	2.802	2.762	40	2.758	2.720								534			482	30
U.S.Manimum 21,239 21,73 21,239 24,		09 Bayem	19.009	18.636	37			22	3.096	3.038	28	2.850	2.796	54	2.767	2.718								640			518	27
Table Tabl		10 Saarland	3.152	3.107	4			9	533	527	9	201	494	7	483	476								245			84	3
Continuencial		11 Berlin	21.239	20.953	2 2			8 8	3.608	3.564	44 1	3.395	3.349	47	3.179	3.139								697			542	52
Subtractive proportion Control		12 Brandenburg		12.338	¥			£	2.240	2.193	47	2.284	2.224	66	2.128	2.071								534			143	2
Schliebsch-nite 18,045 18,850 23,222 2		13 Mecklenburg-Vorpommem		8.948	24			40	1.640	1.600	41	1.685	1.638	47	1.577	1.539								412			106	6
15 Tationtenymantal 15 April 2 13 Say 2.5 3 15 Say 1.5		14 Sachsen	20.449	19.890	36			8	3.349	3.258	9	3.485	3.386	66	3.513	3.430								660			263	19
Insparamit 26.386 22.4.27 3.959 39.565 22.4.27 3.959 39.556 22.4.27 3.959 39.556 22.4.27 3.959 39.556 22.4.27 3.959 39.556 22.4.27 3.959 39.556 22.4.27 3.959 39.556 22.4.27 3.959 39.556 22.4.27 3.959 39.556 22.4.27 3.959 39.556 22.4.27 3.959 39.556 22.4.27 3.959 39.556 22.4.27 3.959 39.556 22.4.27 3.959 39.556 22.4.27 3.959 39.559 39.57 39.4 3.9.7 3.9.		15 Sacnsen-Annait	13.672	13.282	% C			3 2	2.392	2.332	33	2.466	2.401	9 4	2.452	2.395								530			121	7
01 Schlewey-Hollen		Insgesamt	236.386	232.427	3.95			840		38.819	778	39.170	38.495	675	37.286	36.754								343			892	207
0.5 Verlamburgy 0.5 Say 3.0 Sa		01 Schleswig-Holstein	7.629	7.422	20			35		1.243	37	1.175	1.139	37	1.128	1.093								662			192	6
Of Ninderschiem 2.05.56 2.014 3.95 3.25 3.05 2.014 3.05 2.014 3.05 2.014 3.05 2.014 3.05 2.014 3.05 2.014 3.05 2.014 3.05 2.014 3.05 3.017 2.075 4.75 4.75 3.05 3.017 2.014 4.75 4.75 3.05 3.017 2.014 4.75 4.75 3.05 3.017 2.014 4.75 4.75 4.75 3.05 3.017 2.014 4.75 4.75 3.05 3.017 2.014 9.05 4.75 2.02 1.05 6.02 1.05 <th></th> <th>02 Hamburg</th> <th>6.713</th> <th>6.602</th> <th>1</th> <th></th> <th></th> <th>25</th> <th></th> <th>1.061</th> <th>27</th> <th>1.058</th> <th>1.040</th> <th>18</th> <th>962</th> <th>953</th> <th></th> <th></th> <th></th> <th></th> <th></th> <th></th> <th></th> <th>584</th> <th></th> <th></th> <th>197</th> <th>7</th>		02 Hamburg	6.713	6.602	1			25		1.061	27	1.058	1.040	18	962	953								584			197	7
Old Britishing Holist 3.38 3.19 4.1 5.00 5.1 4.0 4.7 4.7 4.80 4.7 4.7 4.80 4.7 4.7 4.80 4.7 4.7 4.80 4.7 4.7 4.80 4.7 4.7 4.80 4.7 4.7 4.80 4.7 4.7 4.80 4.7 4.7 4.80 4.7 4.7 4.80 4.7 4.7 4.80 4.7 4.7 4.80 4.7 4.7 4.80 4.7 4.7 4.7 4.7 4.80 4.7 4.7 4.80 4.7 4.7 4.80 4.7 4.7 4.80 4.7 4.7 4.80 4.80 4.7 4.7 4.7 4.7 4.7 4.80 4.80 4.7 4.80 4.80 4.7 4.80 4.80 4.80 4.7 4.80 4.80 4.80 4.80 4.80 4.80 4.80 4.80 4.80 4.80 4.80 4.80 4.80 4.80 4.80		03 Niedersachsen	20.536	20.142	38			8		3.283	73	3.282	3.213	69	3.126	3.078								634			518	55
Octobromonic production of the control of the contr		04 Bremen	3.238	3.198	4 6			12		236	9 1	514	510	4 100	480	476								257			83	e (
Of Phenkhand-Plait 8,445 8,445 1,1 1,1 1,2		06 Hessen	14.160	13.724	43			2 80		2.217	81	2.229	2.151	78	2.042	1.982								181			373	25
08 Badent-Wullmehrung 17389 17751 187 2772 277		07 Rheinland-Pfalz	8.435	8.314	. 21			72		1.388	25	1.345	1.323	23	1.266	1.249								099			203	9
18.589 18.599 18.589 18.599 1	-Lanon	08 Baden-Württemberg	17.938	17.751	18			35		2.867	4	2.825	2.800	25	2.748	2.725								518			475	13
301 5 289 589 589 519 510 51 540 51 5	Ignal	09 Bayem	18.589	18.391	19	2		39		2.877	39	3.071	3.040	31	2.860	2.839								518			452	12
17.166 16.8642 234 2.884 2.884 2.887 2.884 43 2.885 2.816 36 2.884 2.802 2.816 36 2.884 2.802 2.816 36 2.884 2.802 2.816 36 2.884 2.802 2.816 36 2.884 2.802 2.816 3.892		10 Saarland	3.015	2.979	'n			80		459	7	468	462	9	462	457								238			73	2
11.164 11.055 129 2.045 2.00 2.05 1.966 1.973 2.048 2.048 2.048 2.048 2.048 2.048 2.048 2.048 3.06 1.97 1.427		11 Berlin	17.196	16.962	23			99		2.834	43	2.852	2.816	36	2.634	2.602								256			375	17
7 507 7 708 98 1441 1417 24 1431 1419 1421 1421 1407 140 1334 1334 1334 140 440 423 247 244 247 244 247 244 134 1434 140 440 463 6 247 244 140 410		12 Brandenburg	11.184	11.055	4			88		1.973	23	2.048	2.024	24	1.985	1.966								370			82	2
19427 19.154 273 3.218 3.173 45 3.318 3.286 52 3.449 3.384 55 3.479 3.378 51 3.501 3.470 32 1.452 1.438 17 884 871 14 1.507 1.507 1.478 28 1.504 1.485 18 1.545 1.577 1.507 1.507 1.507 1.478 28 1.507 1.478 28 1.507 1.507 1.478 28 1.507		13 Mecklenburg-Vorpommem	_	7.709	6			24	1.437	1.416	21	1.419	1.402	17	1.421	1.407	4	1.344						244	8	29	55	4
13.086 12.590 156 2.365 2.331 44 2.341 3.0 2.449 2.400 2.9 2.379 2.361 17 2.339 2.331 18 373 4		14 Sachsen	19.427	19.154	27			45	3.318	3.266	52	3.439	3.384	22	3.429	3.378	51	3.501						871	72	184	177	7
8.384 8.285 101 1.507 1.478 28 1.504 1.485 18 1.545 1.527 18 1.507 1.496 12 1.486 1.479 7 503 484 9 2.26 250 7		15 Sachsen-Anhalt	13.086	12.930	₽!			4	2.371	2.341	30	2.429	2.400	59	2.379	2.361	17	2.339						373	4	95	92	7
		ilaĥilina o	6.304	0.203	1			97	500	.465	0	040	776.	0	/0c-	.490	7	.400						067		57 latisfik der Bun	55 desagentur fü	2 Ir Arbei

Regelleistungsberechtigte nach Alter und Erwerbsfähigke

Deutschland

			Jahresdurchschnitt 2012	schnitt 2012		F		Jahresdu	rchschnitt 201	13			Jahresdur	Jahresdurchschnitt 2014				Jahresd	Jahresdurchschnitt 2015		na	achrichtlich für 2015	015	
				davon					davon					davon					davon			nicht ar	arbeitslose ELB	
1			thoin						\vdash	darunter	ď				ter		<u> </u>			darunter	S	428SGBIII/ §	§ 65SGBII/§ 252SGB\	2SGBVI
Geschiecht	Kegion	ELB arbeitslose ELB	art	slose \$4;	§ 428SGBIII/ § § 65SGBII/ A S 6252SGBVII	§ 53 a Abs. 2	ELB	arbeitslose art ELB	beitslose 8 4 ELB	§ 428SGBIII/ § 65SGBII/ 8 252SGBVI	§ 53 a Abs. 2 SGR II	ELB arb	beitslose arbi	rbeitslose \$ 428	428SGBIII/ § 65SGBII/ / 252SGBI/	§ 53 a Abs. 2	ELB	arbeitslose al	indeitslose \$428	428SGBIII/ § 65SGBII/ A	§ 53 a Abs. 2	Jan 15	Feb 15	Mrz 15
		1 2	3	0	+	2	9	7	80			1	12	0	+	15	16	17	18	19	200	21	22	23
	Insgesamt	1		345.344	1	125.245	489.747	151.596	338.151	55.138		486.294		325.860	-	60.180	477.766	166.766	310.999	1.390 1	62.754	5.387	3.782	2.228
	01 Schleswig-Holstein			11.179		3.658	15.686	4.881	10.805	2.049		15.784		10.212		4.410	15.954	6.123	9.831	87	4.490	263	194	128
	02 Hamburg 03 Niedersachsen	14.398 2	2.640 11	71.759	3.753	4.176	14.350	2.968	11.383	2.265		13.994		10.647		5.175	13.891	3.773	10.118	13.2	5.233	783	202	117
	04 Bremen			4.833		1.875	6.602	1.886	4.716	875		6.588		4.557	359	2.462	6.638	2.150	4.488	21	2.747	94	89	37
	05 Nordrhein-Westfalen	.,		79.789		32.040	114.027	36.090	77.937	13.335		115.045		76.480		43.640	115.523	40.848	74.674	420	44.279	1.430	1.026	662
	06 Hessen			18.710		5.052	28.320	10.337	17.983	3.289		28.335		17.473		6.351	28.350	10.755	17.596	77	7.226	330	239	142
	07 Rheinland-Pfalz			12.422		4.299	16.954	5.291	11.663	2.100		16.926		11.156		5.059	16.906	6.043	10.863	63	5.330	224	159	102
Insgesamt	08 Baden-Württemberg	`		26.193	7.244	9.140	36.234	11.024	25.210	4.226		36.001		24.577	1.675	12.065	35.836	11.906	23.931	94	12.563	411	272	160
	09 Bayern	39.981 11	11.354 28	28.627	9.155	9.701	38.993	12.493	26.500	5.130		37.552		25.310		12.295	37.051	11.845	25.207	130	13.559	488	353	204
	11 Berlin			29.810	8.978	8.274	40.089	11.149	28.940	5.439		39.150		27.250	2.232	8.854	37.915	12.867	25.047	121	8.524	284	390	204
	12 Brandenburg			15.505	2.871	6.302	24.174	8.126	16.048	1.705		24.286		15.728		7.870	23.392	9.072	14.320	25	7.366	127	75	44
	Vorpommern			12.454		6.346	17.374	4.258	13.117	1.296		17.448		13.143		8.515	16.657	4.440	12.217		8.275	87	49	27
	14 Sachsen			27.621	•	10.176	42.633	14.887	27.746	3.551		42.017		26.379		12.586	39.044	15.664	23.379		11.832	243	156	18
	15 Sachsen-Anhalt 16 Thüringen	26.773 6	6.074 20 5.884 11	20.699	3.790	3.954	28.081	6.636	21.446	2.330	10.234	27.624	7.115	20.509	887	11.100	26.213	7.361	18.851	21	11.036	109	73	33
		ľ		177.886		64.358	254.965	83.105	171.861	27.928		250.917		163.331		80.627	245.314	90.982	154.331		81.408	2.771	1.959	1.134
	vig-Holstein			5.942		1.989	8.446	2.812	5.633	1.065		8.439		5.228		2.314	8.532	3.534	4.998		2.374	137	103	7.1
	02 Hamburg			6.191	2.016	2.235	7.654	1.778	5.876	1.191		7.387		5.379		2.671	7.289	2.245	5.045		2.671	147	104	54
	03 Niedersachsen			15.113	4.377	5.217	21.722	7.389	14.333	2.573		21.543		13.546		6.692	21.455	8.313	13.142		7.018	268	200	106
	04 Bremen		Ì	2.485		972	3.448	1.079	2.369	435		3.417		2.266		1.250	3.440	1.230	2.210	10	1.392	46	32	17
	US Nordrhein-Westfallen	56.865	.,	39.450	10.960	15.878	57.433	19.334	38.099	6.351		57.630		36.990		21.311	57.690	21.895	35.795		21.395	6/9	493	314
	07 Rheinland-Pfalz		2.437 6	9.044 6.314		2.139	14.820	2.907	5.783	1.032		8.598		5.457		3.240 2.494	14.626	3.302	5.290	26 43	2.599	1/3	68 68	6 S
Männer	08 Baden-Württemberg			13.041		4.543	18.439	6.046	12.393	2.064		18.213		11.958		5.828	18.085	6.518	11.568	45	6.073	208	140	78
	09 Bayern			13.984		4.711	19.468	6.651	12.817	2.484		18.761		12.190		5.934	18.636	6.464	12.171	9/	6.583	569	200	121
	10 Saarland			2.403	722	720	3.317	1.053	2.263	450		3.228		2.180		266	3.107	1.108	1.999	54	1.009	61	48	31
	11 Berlin 12 Brandenbura	12 424 3	3 958 8	16.016 8.466	1,836	3.421	22.053	6.570	15.483	2.947		21.596		14.609	352	4.636	20.953	7.548	13.405	63	3 845	315	211	108
	Vorpommern			6.905	1.326	3.548	9.516	2.381	7.135	733		9.410		7.015		4.582	8.948	2.459	6.490	Ξ	4.474	49	27	17
	14 Sachsen			14.632	3.139	5.299	22.366	7.913	14.454	1.861		21.674		13.386		6.416	19.890	8.226	11.664		5.970	127	83	40
	15 Sachsen-Anhalt		3.360 11	11.159		4.639	14.938	3.551	11.387	1.292		14.293		10.581		5.811	13.282	3.771	9.511		5.665	24	37	9 :
	To I number	9.368		6.141	1.508	2.008	9.517	3.469	6.048	27 240		9.003		5.400		2.280	8.450	3.690	4.760		2.193	2,646	36	1 004
	vig-Holstein			5.237		1,669	7,241	2.069	5.172	984		7.345		4.984		2.097	7.422	2.589	4,833	38	2.116	126	91	1.094
	02 Hamburg			5.568		1.941	969.9	1.189	5.507	1.074		6.607		5.268		2.504	6.602	1.528	5.074		2.561	136	86	63
	03 Niedersachsen			14.340		4.958	19.878	5.768	14.110	2.442		20.057		13.708		6.420	20.143	6.568	13.574	63	6.765	228	164	93
	04 Bremen			2.348		903	3.155	807	2.348	440		3.171		2.291	190	1.212	3.198	920	2.277	= 3	1.355	4 8	36	5 20
	05 Hessen	13 283 4	14.823 40 4.218 9	40.339 a nee	71.280	76.162	13.500	16.756	39.838	6.984		13 564		39.490		3 105	13 724	18.953	38.879	214	3.562	757 757	533	348
	07 Rheinland-Pfalz			6.108	1.723	2.160	8.264	2.385	5.879	1.068	2.357	8.328		5.699	431	2.566	8.314	2.742	5.572	37	2.731	129	91	83 89
Frauen	08 Baden-Württemberg		·	13.152		4.597	17.795	4.978	12.817	2.162		17.787		12.620		6.237	17.751	5.388	12.363	49	6.491	203	132	82
	09 Bayern			14.643	4.670	4.991	19.524	5.842	13.682	2.646	5.573	18.790		13.120		6.362	18.391	5.369	13.022	24	6.973	219	153	83
	10 Saarland			2.321	2.29	703	3.145	893	2.252	451	846	3.102		2.254	205	1.068	2.979	878	2.101	50	1.073	26	43	25
	11 Berlin		_	13.794	4.142	3.836	18.036	4.579	13.457	2.492	3.993	17.554		12.641	1.005	4.218	16.962	5.319	11.643	28	4.043	249	179	96
	12 Brandenburg	10.096 3	3.056 7	7.039	1.271	2.881	11.034	3.604	7.430	776	3.410	11.335		7.484	307	3.703	11.055	4.142	6.913	Ε °	3.521	51	33	1,
	14 Sachsen			2.343	2.732	4.877	20.267	6.975	13.292	1.691	5.750	20,343		12.993	999	6.170	19,154	7,439	11.715	52°	5.862	116	7 22	5 4
	15 Sachsen-Anhalt			9.540	1.680	4.017	13.143	3.084	10.059	1.038	4.772	13.331		9.927	413	5.290	12.930	3.590	9.340	10	5.371	22	36	15
	16 Thüringen		2.658 5	5.424	1.200	1.946	8.650	2.999	5.652	167	2.308	8.609		5.352	319	2.341	8.263	3.361	4.902	11	2.235	26	35	18
																					G	huelle: Statistik de	r Bundesagent	ır für Arbeit

zu den Fragen 15 und 16: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) und Arbeitslosigkeit im Alter von 58 Jahren und älter Deutschland und Bundesländer Zeitreihe

			Jahresdurchschnitt 2012	chnitt 2012				Jahresdu	sdurchschnitt 2013	3			Jahresdur	Jahresdurchschnitt 2014	4			Jahresdu	Jahresdurchschnitt 2015	.015		nachrichtlich für 2015	r 2015	
				davon					davon					davon					davoi	L		nicht	nicht arbeitslose E	ELB
:			-		darunter	8	Petand		- inter-	darunter	8	_		11-11-	darunter				170	darunte	Je.	§ 428SGBIII/	428SGBIII/ § 65SGBII/§ 252SGB\	252SGBVI
Geschlecht	Region	ELB arbeit	arbeitslose arbeitslose ELB	slose § 4285 3 § 655	§ 428SGBIII/ § E § 65SGBII/ Ab § 252SGBVI SG	§ 53 a Abs. 2 SGB II	ELB	arbeitslose ar ELB	rbeitslose 84 ELB 8	§ 428SGBIII § 65SGBIII A	§ 53 a E Abs. 2 SGB II	ELB	arbeitslose arbe	arbeitslose \$ 4,	§ 428SGBIII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a Abs. 2 SGB II	ELB ELB	arbeitslose art	arbeitslose §	§ 428SGBIII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a Abs. 2 SGB II	Jan 15	Feb 15	Mrz 15
			2 3	,			9	7)	\vdash		=	12	•	Н	15	16	17	18	19	20	21	22	23
	Insgesamt						108.845	11.508	97.338			98.471	15.613	82.858	21.781	42.336	91.209	19.251	71.958	1.233	49.748	5.191	3.585	2.051
	01 Schleswig-Holstein	3.757		3.441	2.609	434	3.862	442	3.420		903	3.705	717	2.988	832	1.475	3.690	977	2.713	77	1.808	252	184	118
	02 namburg 03 Niedersachsen	3.903	291	3.740	2.957	1 240	3.937	1 046	3.692	7.22/		3.46/	362	3.104	1 997	1.630	8 928	1 910	2.745	117	2.003	2/2	347	184
	04 Bremen	1.602		1.523		201	1.597	126	1.471	988	427	1.495	176	1.319	355	729	1.431	197	1.235	20	954	92	65	36
	05 Nordrhein-Westfalen					3.841	27.386	2.683	24.703	13.137	7.878	25.529	3.584	21.945	5.307	12.615	24.252	4.614	19.639	363	14.501	1.360	961	601
	06 Hessen					1.006	7.375	1.282	6.092	3.276	1.501	6.731	1.755	4.976	1.295	2.087	6.494	1.974	4.521	70	2.642	322	230	133
	07 Rheinland-Pfalz	3.876		3.604		447	4.033	448	3.585	2.066	945	3.720	909	3.115	805	1.585	3.503	746	2.757	55	1.900	212	149	92
nsgesamt	08 Baden-Württemberg	8.922		8.152		1.227	990'6	1.047	8.019	4.186	2.309	8.272	1.313	6.959	1.661	3.612	7.914	1.658	6.256	88	4.363	403	264	155
	09 Bayern	10.296		9.377		1.249	9.849	1.285	8.564	5.080	2.275	8.567	1.466	7.101	1.931	3.720	8.080	1.533	6.547	106	4.734	469	323	175
	10 Saarland	1.534	1 1	1.438	1.053	137	1.720	184	1.536	881	372	1.552	195	1.357	390	651	1.268	226	1.042	32	694	103	75	43
	11 Berlin	9.355		8.824	696.9	808	9.893	878	8.915	5.399	1.881	8.961	1.502	7.460	2.223	2.987	7.693	1.919	5.774	115	3.291	258	384	198
	12 Brandenburg	3.200	214 2	2.986	2.067	442	3.545	372	3.172	1.690	925	3.114	475	2.639	655	1.298	2.718	604	2.113	24	1.365	124	73	41
	Vorpommern	2.329		2.253	1.707	327	2.546	124	2.422	1.279	834	2.206	161	2.045	482	1.187	1.890	195	1.694	17	1.298	83	46	24
	14 Sachsen	6:029		5.656	4.218	618	7.035	739	6.296	3.531	1.723	6.371	1.122	5.250	1.399	2.619	5.591	1.361	4.230	44	2.880	235	149	75
	15 Sachsen-Anhalt	3.893		3.735	2.726	460	4.259	245	4.014	2.326	1.017	3.384	324	3.061	887	1.461	2.749	387	2.362	20	1.663	107	71	32
	16 Thüringen			2.481	1.947	258	2.764	262	2.502		495	2.062	339	1.723	647	809	1.798	485	1.313	20	743	120	71	32
	Insgesamt						57.153	6.888	50.265		14.068	51.940	9.175	42.765	10.933	21.668	47.811	11.111	36.700	621	25.087	2.658	1.843	1.032
	01 Schleswig-Holstein	2.037		1.854	1.400	248	2.066	262	1.804		494	2.014	437	1.576	426	788	2.012	593	1.419	42	945	130	46	65
	02 Hamburg	2.123		2.026	1.589	267	2.112	159	1.953	1.174	547	1.863	220	1.643	481	853	1.716	288	1.429	29	1.036	140	86	52
	03 Niedersachsen	4.926		.560	3.376	621	5.158	614	4.544	2.539	1.267	4.833	872	3.961	1.016	2.050	4.685	1.119	3.566	61	2.500	258	190	86
	04 Bremen	25		791		106	832	85	750	429	220	230	113	829	166	378	758	122	989	0	486	44	58	16
	US Nordmein-westralen	13.138		12.175		1.963	13.618	1.510	12.108	6.254	3.945	12.676	1.999	10.677	2.473	6.134	11.904	2.513	9.391	174	6.865	636	455	279
	06 Hessen	3.745		3.272	2.231	538	3.844	744	3.100	1.648	754	3.552	992	2.560	662	1.061	3.379	1.081	2.298	88 8	1.362	169	128	72
	0/ Kheinland-Pfaiz	2.030		1.878	1.395	235	2.059	264	1.796	1.019	480	1.915	328	1.556	384	798	1.785	434	1.351	53	912	92	99	37
Na III EI	00 Badeli-wulleliberg	900.1		4.105	2.786	630	4.5/3	613	3.961	2.044	1.134	4.192	747	3.457	828	0/.1	4.002	25 G	3.059	Δ. r.	201.2	204	136	9 8
	US Dayern	5.209	559	4.650	3.516	635	5.003	182	F.22.4	2.45/	1.126	4.375	861	3.514	927	1.818	4.169	903	3.266	χς τ	2.345	526	8/1	88.6
	11 Berlin	903	_	7 7 6 9	040	5 1	030	010	4 7 4	- 44	190	7.30	121	1446	100	327	070	130	084 6	0 6	1720	314	30	12
	12 Brandenburg	1 852		1,600	3.720	264	2.010	252	1.807	926.7	537	1830	312	15.18	340	753	1.567	366	1 201	14	767	274	41	701
	Vorpommern	1.353		1.302	920	204	1.526	87	1.439	722	522	1.337	108	1.229	268	725	1.158	128	1.030	: 0	781	47	52	15
	14 Sachsen	3.362		3.108	2.230	350	3.894	459	3.435	1.850	948	3.568	682	2.886	738	1.412	3.108	762	2.311	23	1.556	125	8	38
	15 Sachsen-Anhalt	2.249		2.141	1.528	283	2.468	161	2.306	1.290	601	1.987	207	1.779	474	857	1.563	232	1.332	1	923	54	37	18
	16 Thüringen	1.501		1.407	1.086	144	1.534	167	1.366		260	1.132	211	920	330	312	1.000	287	713	10	392	65	36	14
	Insgesamt		2.957 46			6.186	51.693	4.620	47.073	26.909	13.020	46.531	6.438	40.093	10.848	20.669	43.394	8.139	35.255	611	24.660	2.533	1.742	1.019
	01 Schleswig-Holstein	1.720		1.587	1.210	186	1.796	180	1.616		410	1.691	280	1.411	406	289	1.678	384	1.294	35	864	122	87	53
	02 Hamburg	1.780		1.715	1.368	200	1.825	87	1.738	1.053	481	1.604	143	1.461	435	777	1.495	178	1.316	34	896	132	92	09
	03 Niedersachsen	4.453		4.199	3.070	619	4.823	432	4.391	2.414	1.306	4.501	648	3.854	981	2.023	4.243	792	3.451	22	2.408	221	157	98
	04 Bremen	761		732		96	765	43	722	437	208	704	63	642	189	351	673	75	288	Ξ ;	468	48	36	8
	05 Nordrhein-Westfalen	13.163	_	12.386		1.878	13.768	1.173	12.594	6.883	3.933	12.853	1.585	11.268	2.834	6.481	12.349	2.101	10.248	189	7.636	724	206	322
	00 Hessen	3.362	347	3.015	2.110	9469	3.531	238	2.992	1.628	746	3.179	763	2.416	633	1.027	3.116	883	2.223	35	1.281	153	102	61
railen	08 Baden-Würtlemberg	24.356		4.047	2,830	512	4.402	43.4	4.058	2 142	1174	4.080	571	3.500	14.2	1841	3 9 1 2	212	3 197	32	2 261	199	128	6 6
	09 Bavern	4.330		4 7 2 7	2,600	180	1846	1 2	4.000	241.7	1 1 1 1	4 100	- 208	3.587	1004	1 90	3 907	629	3 2 7 8	2 4	2.201	213	145	6. 7.
	10 Saarland	731		692	513	64	830	89	761	44	182	754	89	989	200	324	640	96	45	. 6	357	53	98	. 22
	11 Berlin	4.233	4	4.041	3.241	391	4.375	362	4.013	2.472	838	3.883	268	3.315	1.001	1.354	3.314	742	2.572	54	1.513	244	174	91
	12 Brandenburg	1.348		1.287	921	178	1.486	121	1.365	269	388	1.284	163	1.121	306	545	1.151	238	913	10	598	20	32	15
	Vorpommern	976		951	757	123	1.021	37	984	292	312	869	53	816	214	462	732	89	999	7	517	36	21	6
	14 Sachsen	2.697		2.548	1.988	569	3.141	279	2.862	1.681	775	2.803	440	2.364	661	1.207	2.483	564	1.919	21	1.324	110	99	37
	15 Sachsen-Anhalt	1.643	50	1.593	1.198	177	1.792	84	1.708	1.035	416	1.398	116	1.281	413	604	1.186	155	1.031	6	740	23	34	14
	16 Thüringen	1.121		.074	861	114	1.230	94	1.136	765	236	931	128	803	317	296	798	198	009	10	351	22	32	18
																						Quelle: Statistik	der Bundesag	entur für Arbe

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) und Arbeitslosigkeit im Alter von 63 Jahren und älter Deutschland und Bundesländer Zeitreihe

zu Frage 17: Integrationen von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB)
Deutschland
Zeitreihe November 2013 bis April 2016

				Integrationen ELB	ien ELB			
Berichtsmonatswert ALGII	58 Jahre	59 Jahre	60 Jahre	61 Jahre	62 Jahre	63 Jahre	64 Jahre	65 Jahre
	1	2	3	4	5	9	7	8
November 2013	572	512	335	284	145	96	72	*
Dezember 2013	522	402	295	228	160	80	39	*
Januar 2014	505	456	353	252	171	110	48	•
Februar 2014	464	378	278	244	172	88	46	*
März 2014	622	538	392	356	204	118	61	2
April 2014	901	290	612	475	318	162	75	7
Mai 2014	903	738	628	200	333	153	86	6
Juni 2014	749	640	474	384	229	126	63	3
Juli 2014	880	713	929	466	285	148	65	2
August 2014	794	609	468	313	236	131	78	3
September 2014	815	654	446	394	261	138	99	8
Oktober 2014	786	295	415	363	239	127	83	*
November 2014	009	501	423	274	197	100	99	3
Dezember 2014	493	443	357	256	187	88	09	•
Januar 2015	752	647	491	436	294	139	29	*
Februar 2015	280	511	388	296	204	124	64	8
März 2015	089	555	495	322	257	124	29	*
April 2015	972	811	694	928	350	205	106	11
Mai 2015	801	289	582	467	343	164	29	17
Juni 2015	815	969	541	436	317	119	79	13
Juli 2015	757	642	491	367	250	140	92	9
August 2015	729	640	491	382	274	161	69	2
September 2015	808	653	559	453	329	163	94	17
Oktober 2015	701	603	493	361	274	160	74	1
November 2015	699	545	449	337	230	125	89	11
Dezember 2015	591	459	391	291	225	121	58	6
Januar 2016	624	477	423	330	232	133	73	80
Februar 2016	269	496	382	328	215	118	70	15
März 2016	099	498	433	358	261	130	62	10
April 2016	843	682	603	467	328	189	102	15
* aus Datenschutzgründen werden W	Verte <3 nicht ausgewiese	-					Ouelle: Statistik der Bundesagentur für	docodorur für Arboit

zu Frage 29: Bedarfe von Regelleistungsberechtigen (RLB) in Single-Bedarfsgemeinschaften (Single-BG) Deutschland und Bundesländer Zeitreihe

Merkmal Region durchschnittlicher Bedarf in € Bedarf in € 2 4 Austschland 716 725 Oldsoutschland 680 691 11 Schleswig-Holatien 712 722 21 Hamburg 762 788 33 Niedersachsen 704 7112 94 Bremen 730 736 05 Nordrhein-Westfalen 717 727 05 Hossen 725 735 1negesamt 77 Rheinland-Pfalz 679 689 08 Baden-Würtemberg 712 725 09 Bayern 718 725 10 Saarfand 704 710 11 Berlin 737 752 12 Brandenburg Vorpornmern 665 675 13 Mecklenburg-Vorpornmern 665 675 14 Sachsen 661 662 15 Sachsen-Arhalt 664 663 16 Thüringen 643 650 Deutschland 991 701 Westdeutsc			Jahresdurchschnitt 2014	Jahresdurchschnitt 2015
Doutschland 703 714 715 725	Merkmal	Region		
Westdeutschland				
Ostdeutschland 680 691 01 Schleswig-Holstein 712 722 722 728				
01 Schleswig-Holstein 712 722 02 Hamburg 762 768 03 Niedersachsen 704 712 04 Bernen 700 703 736 05 Nordrhein-Westfalen 717 06 Hessen 725 735 1nsgesamt 77 Residently 707 712 08 Baden-Württemberg 712 725 09 Bayern 718 727 11 Saarland 704 710 11 Berlin 737 752 12 Brandenburg 665 675 13 Mecklenburg-Vorpommern 665 672 14 Sachsen 661 662 15 Sachsen-Anhalt 664 663 16 Thüringen 643 650 08 Hessen 700 710 09 Hemburg 712 09 Hemburg 713 00 Hemburg 714 00 Hessen 715 00 Hemburg 715 00 Hemburg 716 00 Hessen 717 00 Hemburg 717 00 Hemburg 718 01 Sachsen 718 01 Sachsen 718 01 Sachsen 719 02 Hemburg 719 03 Niedersachsen 691 04 Bremen 717 05 Hemburg 718 05 Nordrhein-Westfalen 700 710 07 Hemburg 717 08 Baden-Württemberg 696 09 Bayern 717 10 Sachsen 712 11 Sachsen 712 12 Trail 717 13 Sachsen 718 14 Sachsen 719 15 Sachsen 719 16 Hessen 710 17 Trail 723 18 Herlin 729 18 Baden-Württemberg 711 18 Sachsen 711 19 Sachsen				
O2 Hamburg 762 788 03 Niedersachsen 704 712 727 728 73				
03 Niedersachsen 704 712 727 727 727 727 727 727 727 727 728 735 736 736 736 736 736 736 736 736 736 736 736 736 736 736 736 736 737 738		=		
O4 Bremen		•		
05 Nordrhein-Westfalen			-	
Inegesamt		* . =		
Insgesamt				
08 Baden-Württemberg	Insgesamt			
08 Bayem	mageaunt			
10 Saarland		=		
11 Berlin 737 752 12 Brandenburg 665 675 13 Mecklenburg-Vorpommern 665 675 14 Sachsen 651 665 6772 14 Sachsen 651 662 663 15 Sachsen-Anhalt 654 663 16 Thüringen 643 650 Deutschland 703 712 Ostdeutschland 669 681 01 Schleswig-Holstein 700 710 02 Hamburg 743 743 748 08 Baden-Württemberg 696 709 09 Bayern 701 707 10 Saarland 698 699 709 11 Berlin 709 12 Brandenburg 709 13 Mecklenburg-Vorpommern 709 14 Sachsen 709 15 Sachsen-Anhalt 709 16 Shordrhein-Westfalen 700 17 Sheinland-Pfalz 709 18 Baden-Württemberg 709 19 Bayern 701 707 10 Saarland 709 11 Berlin 709 12 Brandenburg 709 13 Mecklenburg-Vorpommern 709 14 Sachsen 709 15 Sachsen-Anhalt 709 16 Shordrhein-Westfalen 709 17 Schleswig-Holstein 709 18 Sachsen 709 19 Sachsen 709 10 Sachsen 709 10 Sachsen 709 11 Sachsen 709 12 Brandenburg 709 13 Mecklenburg-Vorpommern 709 14 Sachsen 709 15 Sachsen-Anhalt 709 16 Sachsen 709 17 Schleswig-Holstein 709 18 Sachsen 709 19 Sachsen 709 10 Sachsen 709 10 Sachsen 709 11 Schleswig-Holstein 709 12 Brandenburg 709 13 Mecklenburg-Vorpommern 709 14 Sachsen 709 15 Sachsen-Merten 709 16 Sachsen-Württemberg 709 17 Schleswig-Holstein 709 18 Sachsen 709 19 Bayern 709 19 Bayern 709 10 Sachsen 709 11 Berlin 709 11 Berlin 709 12 Brandenburg 709 13 Mecklenburg-Vorpommern 709 14 Sachsen 709 15 Sachsen-Merten 709 15 Sachsen-Merten 709 15 Sachsen-Merten 709 15 Sachsen-Anhalt 70			-	
12 Brandenburg 665 675 13 Mecklenburg-Vorpommern 665 672 14 Sachsen 661 662 15 Sachsen-Anhalt 654 663 16 Thüringen 643 650 Deutschland 669 701 Westdeutschland 703 712 Ostdeutschland 669 681 10 Schleswig-Holstein 700 710 10 Hamburg 743 748 03 Niedersachsen 717 723 05 Nordrhein-Westfalen 706 716 06 Hessen 717 722 Männer 718 728 Männer 729 748 11 Berlin 729 748 11 Sachsen-Anhalt 643 652 13 Mecklenburg-Vorpommern 652 662 13 Mecklenburg-Vorpommern 652 663 15 Thüringen 629 637 Deutschland 737 Deutschland 688 709 0 Stelesten 744 735 Deutschland 737 748 Ostdeutschland 738 749 Ostdeutschland 739 744 Ostdeutschland 736 747 Ostdeutschland 737 748 Ostdeutschland 738 747 Ostdeutschland 739 744 Ostdeutschland 747 759 Ostdeutschland 747 75				
13 Mecklenburg-Vorpommern			-	
14 Sachsen		=		
15 Sachsen-Anhalt				
Deutschland G91		15 Sachsen-Anhalt	654	663
Westdeutschland 703 712 Ostdeutschland 669 681 Ol Schleswig-Holstein 700 710 O2 Hamburg 743 748 O3 Niedersachsen 693 701 O4 Bremen 717 723 O5 Nordrhein-Westfalen 706 716 O6 Hessen 712 721 Männer 778 789 799 799 799 799 799 799 799 799		16 Thüringen	643	650
Ostdeutschland 669 681 01 Schleswig-Holstein 700 710 02 Hamburg 743 748 03 Niedersachsen 693 701 04 Bremen 717 723 05 Nordrhein-Westfalen 706 716 06 Hessen 712 721 Männer 07 Rheinland-Pfalz 664 674 08 Baden-Wurttemberg 696 709 09 Bayern 701 707 10 Saarland 693 698 11 Berlin 729 743 12 Brandenburg 652 669 14 Sachsen-Anhalt 643 652 16 Hessen 641 651 15 Sondersachsen 641 651 16 Shordrhein-Westfalen 706 07 Sheinland 724 735 08 Baden-Wurttemberg 709 09 Bayern 701 707 10 Saarland 724 735 08 Baden-Wurttemberg 729 14 Sachsen 729 15 Sachsen-Anhalt 724 735 08 Baden-Wurttemberg 729 17 Sheinland 724 735 09 Street Street 722 731 04 Bremen 751 761 05 Nordrhein-Westfalen 736 747 06 Hessen 747 759 Frauen 77 Rheinland-Pfalz 702 713 08 Baden-Wurttemberg 738 751 09 Bayern 744 753 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 689 696 14 Sachsen 688 679 15 Sachsen-Anhalt 689 696 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 685 672		Deutschland	691	701
01 Schleswig-Holstein 700 710 02 Hamburg 743 748 03 Niedersachsen 693 701 04 Bremen 717 723 05 Nordrhein-Westfalen 706 716 06 Hessen 712 721 08 Baden-Württemberg 696 709 09 Bayern 701 707 10 Saarland 693 662 13 Mecklenburg-Vorpommern 652 662 14 Sachsen 641 651 15 Sachsen-Anhalt 643 652 16 Thüringen 729 637 09 Sayers 644 735 Westdeutschland 737 748 Ostdeutschland 737 748 Ostdeutschland 698 709 01 Schleswig-Holstein 739 744 02 Hamburg 794 802 03 Niedersachsen 722 731 04 Bremen 751 761 05 Nordrhein-Westfalen 736 747 06 Hessen 747 07 Reinland-Pfalz 702 713 08 Baden-Württemberg 738 751 09 Bayern 744 753 10 Saarland 774 759 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 788 790 13 Mecklenburg-Vorpommern 751 761 05 Nordrhein-Westfalen 736 747 06 Hessen 747 759 759 13 Beden-Württemberg 738 751 09 Bayern 744 753 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Micklenburg-Vorpommern 689 666 779 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665 672		Westdeutschland	703	712
02 Hamburg 743 748 03 Niedersachsen 693 701 04 Bremen 717 723 05 Nordrhein-Westfalen 706 716 06 Hessen 712 721 Männer 07 Rheimland-Pfalz 664 674 08 Baden-Württemberg 696 709 09 Bayern 701 707 10 Saarland 693 698 11 Berlin 729 743 12 Brandenburg 652 662 13 Mecklenburg-Vorpommern 652 659 14 Sachsen 641 651 15 Sachsen-Anhalt 643 652 15 Thüringen 629 637 Deutschland 724 735 Westdeutschland 737 748 Ostdeutschland 698 709 01 Schleswig-Holstein 733 744 02 Hamburg 794 802 03 Niedersachsen 722 731 04 Bremen 751		Ostdeutschland	669	681
03 Niedersachsen 693 701 04 Bremen 717 723 05 Nordrhein-Westfalen 706 716 06 Hessen 712 721 Männer 07 Rheinland-Pfalz 664 674 08 Baden-Württemberg 696 709 09 Bayern 701 707 10 Saarland 693 698 11 Berlin 729 743 12 Brandenburg 652 662 13 Mecklenburg-Vorpommern 652 662 14 Sachsen 641 651 15 Sachsen-Anhalt 643 652 16 Thüringen 629 637 Deutschland 724 735 Westdeutschland 737 748 Ostdeutschland 698 709 01 Schleswig-Holstein 733 744 02 Hamburg 794 802 03 Niedersachsen 722 731 04 Bremen 751 761 05 Nordrhein-Westfalen 736		01 Schleswig-Holstein	700	710
04 Bremen 717 723 05 Nordrhein-Westfalen 706 716 06 Hessen 712 721 Männer 07 Rheinland-Pfalz 664 674 08 Baden-Württemberg 696 709 09 Bayern 701 707 10 Saarland 693 698 11 Berlin 729 743 12 Brandenburg 652 662 13 Mecklenburg-Vorpommern 652 659 14 Sachsen-Anhalt 643 652 16 Thüringen 629 637 Deutschland 737 748 Ostdeutschland 737 748 Ostdeutschland 698 709 01 Schleswig-Holstein 733 744 02 Hamburg 794 802 03 Niedersachsen 751 761 05 Nordrhein-Westfalen 736 747 06 Hessen 747 07 Rheinland-Pfalz 753 08 Baden-Württemberg 738 751 09 Bayern 744 753 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 751 761 05 Saarland 722 730 11 Berlin 754 759 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 689 696 14 Sachsen 668 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665		•	743	748
05 Nordrhein-Westfalen 706 716 06 Hessen 712 721 722 723 723 725			693	701
Männer		* . =		
Männer 07 Rheinland-Pfalz 664 674 08 Baden-Württemberg 696 709 09 Bayern 701 707 10 Saarland 693 698 11 Berlin 729 743 12 Brandenburg 652 662 13 Mecklenburg-Vorpommern 652 659 14 Sachsen 641 651 15 Sachsen-Anhalt 643 652 16 Thüringen 629 637 Deutschland 724 735 Westdeutschland 737 748 Ostdeutschland 698 709 01 Schleswig-Holstein 733 744 02 Hamburg 794 802 03 Niedersachsen 722 731 04 Bremen 751 761 05 Nordrhein-Westfalen 736 747 05 Hessen 747 759 Frauen 76 Hessen 747 759 Frauen 77 Rheinland-Pfalz 702 713 08 Baden-Württemberg 738 751 09 Bayern <td< td=""><td></td><td></td><td></td><td></td></td<>				
08 Baden-Württemberg 696 709 09 Bayern 701 707 10 Saarland 693 698 11 Berlin 729 743 12 Brandenburg 652 662 13 Mecklenburg-Vorpommern 652 659 14 Sachsen 641 651 15 Sachsen-Anhalt 643 652 16 Thüringen 629 637 Deutschland 724 735 Westdeutschland 737 748 Ostdeutschland 698 709 01 Schleswig-Holstein 733 744 02 Hamburg 794 802 03 Niedersachsen 722 731 04 Bremen 751 761 05 Nordrhein-Westfalen 736 747 06 Hessen 747 07 Rheinland-Pfalz 702 713 08 Baden-Württemberg 738 751 09 Bayern 744 753 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 689 696 14 Sachsen 668 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665	M49			
09 Bayern 701 707 10 Saarland 693 698 11 Berlin 729 743 12 Brandenburg 652 662 13 Mecklenburg-Vorpommern 652 659 14 Sachsen 641 651 15 Sachsen-Anhalt 643 652 16 Thüringen 629 637 Deutschland 724 735 Westdeutschland 737 748 Ostdeutschland 698 709 01 Schleswig-Holstein 733 744 02 Hamburg 794 802 03 Niedersachsen 722 731 04 Bremen 751 761 05 Nordrhein-Westfalen 736 747 06 Hessen 747 759 Frauen 07 Rheinland-Pfalz 702 713 08 Baden-Württemberg 738 751 09 Bayern 744 753 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 <td< td=""><td>Manner</td><td></td><td></td><td></td></td<>	Manner			
10 Saarland 693 698 11 Berlin 729 743 12 Brandenburg 652 662 13 Mecklenburg-Vorpommern 652 659 14 Sachsen 641 651 15 Sachsen-Anhalt 643 652 16 Thüringen 629 637 Deutschland 724 735 Westdeutschland 737 748 Ostdeutschland 698 709 01 Schleswig-Holstein 733 744 02 Hamburg 794 802 03 Niedersachsen 722 731 04 Bremen 751 761 05 Nordrhein-Westfalen 736 747 06 Hessen 747 759 Frauen 07 Rheinland-Pfalz 702 713 08 Baden-Württemberg 738 751 09 Bayern 744 753 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 689 696 14 Sachsen 668 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665		_		
11 Berlin 729 743 12 Brandenburg 652 662 13 Mecklenburg-Vorpommern 652 659 14 Sachsen 641 651 15 Sachsen-Anhalt 643 652 16 Thüringen 629 637 Deutschland 724 735 Westdeutschland 737 748 Ostdeutschland 698 709 01 Schleswig-Holstein 733 744 02 Hamburg 794 802 03 Niedersachsen 722 731 04 Bremen 751 761 05 Nordrhein-Westfalen 736 747 06 Hessen 747 759 Frauen 07 Rheinland-Pfalz 702 713 08 Baden-Württemberg 738 751 09 Bayern 744 753 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 689 696 14 Sachsen 688 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665		•		-
12 Brandenburg 652 662 13 Mecklenburg-Vorpommern 652 659 14 Sachsen 641 651 15 Sachsen-Anhalt 643 652 16 Thüringen 629 637 Deutschland 724 735 Westdeutschland 698 709 01 Schleswig-Holstein 733 744 02 Hamburg 794 802 03 Niedersachsen 722 731 04 Bremen 751 761 05 Nordrhein-Westfalen 736 747 06 Hessen 747 759 Frauen 07 Rheinland-Pfalz 702 713 08 Baden-Württemberg 738 751 09 Bayern 744 753 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 689 696 14 Sachsen 688 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665		-		
13 Mecklenburg-Vorpommern 652 659 14 Sachsen 641 651 15 Sachsen-Anhalt 643 652 16 Thüringen 629 637 Deutschland 724 735 Westdeutschland 737 748 Ostdeutschland 698 709 01 Schleswig-Holstein 733 744 02 Hamburg 794 802 03 Niedersachsen 722 731 04 Bremen 751 761 05 Nordrhein-Westfalen 736 747 06 Hessen 747 759 Frauen 07 Rheinland-Pfalz 702 713 08 Baden-Württemberg 738 751 09 Bayern 744 753 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 696 14 Sachsen 668 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665				
14 Sachsen 641 651 15 Sachsen-Anhalt 643 652 16 Thüringen 629 637 Deutschland 724 735 Westdeutschland 737 748 Ostdeutschland 698 709 01 Schleswig-Holstein 733 744 02 Hamburg 794 802 03 Niedersachsen 722 731 04 Bremen 751 761 05 Nordrhein-Westfalen 736 747 06 Hessen 747 759 Frauen 07 Rheinland-Pfalz 702 713 08 Baden-Württemberg 738 751 09 Bayern 744 753 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 689 696 14 Sachsen 668 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665 672		_		
15 Sachsen-Anhalt 643 652 16 Thüringen 629 637 Deutschland 724 735 Westdeutschland 737 748 Ostdeutschland 698 709 01 Schleswig-Holstein 733 744 02 Hamburg 794 802 03 Niedersachsen 722 731 04 Bremen 751 761 05 Nordrhein-Westfalen 736 747 06 Hessen 747 759 Frauen 07 Rheinland-Pfalz 702 713 08 Baden-Württemberg 738 751 09 Bayern 744 753 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 689 696 14 Sachsen 668 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665 672		- '		
Deutschland 724 735 Westdeutschland 737 748 Ostdeutschland 698 709 01 Schleswig-Holstein 733 744 02 Hamburg 794 802 03 Niedersachsen 722 731 04 Bremen 751 761 05 Nordrhein-Westfalen 736 747 06 Hessen 747 759 Frauen 07 Rheinland-Pfalz 702 713 08 Baden-Württemberg 738 751 09 Bayern 744 753 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 689 696 14 Sachsen 668 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665 672		15 Sachsen-Anhalt	643	652
Westdeutschland 737 748 Ostdeutschland 698 709 01 Schleswig-Holstein 733 744 02 Hamburg 794 802 03 Niedersachsen 722 731 04 Bremen 751 761 05 Nordrhein-Westfalen 736 747 06 Hessen 747 759 Frauen 07 Rheinland-Pfalz 702 713 08 Baden-Württemberg 738 751 09 Bayern 744 753 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 689 696 14 Sachsen 668 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665 672		16 Thüringen	629	637
Ostdeutschland 698 709 01 Schleswig-Holstein 733 744 02 Hamburg 794 802 03 Niedersachsen 722 731 04 Bremen 751 761 05 Nordrhein-Westfalen 736 747 06 Hessen 747 759 Frauen 07 Rheinland-Pfalz 702 713 08 Baden-Württemberg 738 751 09 Bayern 744 753 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 689 696 14 Sachsen 668 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665 672		Deutschland	724	735
01 Schleswig-Holstein 733 744 02 Hamburg 794 802 03 Niedersachsen 722 731 04 Bremen 751 761 05 Nordrhein-Westfalen 736 747 06 Hessen 747 759 Frauen 07 Rheinland-Pfalz 702 713 08 Baden-Württemberg 738 751 09 Bayern 744 753 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 689 696 14 Sachsen 668 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665 672		Westdeutschland	737	748
02 Hamburg 794 802 03 Niedersachsen 722 731 04 Bremen 751 761 05 Nordrhein-Westfalen 736 747 06 Hessen 747 759 Frauen 07 Rheinland-Pfalz 702 713 08 Baden-Württemberg 738 751 09 Bayern 744 753 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 689 696 14 Sachsen 668 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665 672			698	709
03 Niedersachsen 722 731 04 Bremen 751 761 05 Nordrhein-Westfalen 736 747 06 Hessen 747 759 Frauen 07 Rheinland-Pfalz 702 713 08 Baden-Württemberg 738 751 09 Bayern 744 753 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 689 696 14 Sachsen 668 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665		•		
04 Bremen 751 761 05 Nordrhein-Westfalen 736 747 06 Hessen 747 759 Frauen 07 Rheinland-Pfalz 702 713 08 Baden-Württemberg 738 751 09 Bayern 744 753 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 689 696 14 Sachsen 668 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665 672		ŭ		
05 Nordrhein-Westfalen 736 747 06 Hessen 747 759 Frauen 07 Rheinland-Pfalz 702 713 08 Baden-Württemberg 738 751 09 Bayern 744 753 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 689 696 14 Sachsen 668 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665 672				
06 Hessen 747 759 Frauen 07 Rheinland-Pfalz 702 713 08 Baden-Württemberg 738 751 09 Bayern 744 753 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 689 696 14 Sachsen 668 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665				
Frauen 07 Rheinland-Pfalz 702 713 08 Baden-Württemberg 738 751 09 Bayern 744 753 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 689 696 14 Sachsen 668 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665 672				
08 Baden-Württemberg 738 751 09 Bayern 744 753 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 689 696 14 Sachsen 668 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665 672	Frauen			
09 Bayern 744 753 10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 689 696 14 Sachsen 668 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665 672	. radori			
10 Saarland 722 730 11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 689 696 14 Sachsen 668 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665 672		· ·		
11 Berlin 754 767 12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 689 696 14 Sachsen 668 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665 672		-		
12 Brandenburg 689 700 13 Mecklenburg-Vorpommern 689 696 14 Sachsen 668 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665 672				
14 Sachsen 668 679 15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665 672		12 Brandenburg		
15 Sachsen-Anhalt 673 683 16 Thüringen 665 672		13 Mecklenburg-Vorpommern	689	696
16 Thüringen 665 672		14 Sachsen	668	679
			673	683
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit		16 Thüringen		

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit